Einzelpreis 1 Mk. · 5. Jahrg. | Sonntag, 19. Februar 1922 | Nummer 85 · Sonntags-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 16.— M., für das übrige Ausland 72.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche u. Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Bankrott Ludendorffs

Eine öffentliche Hinrichtung

Der bekannte freikonservative Politiker, Professor Hans Delbrück, eine Autorität auf dem Gebiete der Kriegsgeschichte, unternimmt es, in einer Schrift „Ludendorffs Selbstporträt", die soeben im Verlag für Politik und Wirtschaft (Berlin W. 35) erschienen ist, an der Hand der Schriften Ludendorffs und der gesamten bisher erschienenen Literatur über den Krieg, die Rolle Ludendorffs als Politiker und Heerführer zu zeichnen. Die Charakteristik Ludendorffs, die mit größter Objektivität geschrieben ist, ist eine vernichtende Anklage gegen diesen Bankrotteur, der es noch immer versucht, eine politische Rolle in Deutschland zu spielen. Wir entnehmen dieser Schrift, die die weiteste Verbreitung verdient, folgende Stellen:

„Ludendorff baut jetzt Kulisse über Kulisse auf, um seine Schuld zu verdecken. Wo ihm entgegengehalten wird: warum gabt ihr nicht die öffentliche Erklärung über Belgien ab? Da antwortet er: **Das hätte den Feinden unsere Schwäche offenbart.** Als ob politischer Verteidigungskrieg Schwäche bedeutete. Wo er beweisen will, daß er ja durchaus entgegenkommend und friedenswillig gewesen sei, da schweigt er von seinen Vorbehalten bezüglich Belgiens und fragt, ob wir etwa Elsaß und Posen anbieten sollten? Solange wir mächtig und stark dastanden, verkündigt er, ein Friede der Verständigung sei ausgeschlossen, es gäbe nur Sieg oder Niederlage; der Gedanke des Verständigungsfriedens sei ein Verbrechen. Als die Niederlage da ist, da fordert er Fortsetzung des Krieges, um einen ehrenvollen, d. h. einen Verständigungsfrieden zu erkämpfen. Als die Feinde noch voller Furcht vor unserer Kraft waren, sieht er bei ihnen nichts als ihren Vernichtungswillen. Als sie uns nur noch den Gnadenstoß zu geben hatten, vermutet er, daß sie sich mit uns an den Verhandlungstisch setzen würden. **Während des Krieges waren ihm die „Verzichtler" so gut wie Vaterlandsverräter; jetzt will er selber zu den Verzichtlern gehört haben.** Alles das kann jeder Schriftkundige in seinen eigenen Büchern lesen, nicht zwischen den Zeilen, sondern in klaren und deutlichen Worten. . . .

Der von ihm so hoch gepriesenen Monarchie hatte er selbst das Rückgrat gebrochen und damit der zukünftigen Revolution den Weg bereitet, als er den Kaiser zwang, sich von dem Reichskanzler zu trennen, dem er vertraute. Ganz in derselben Weise zwang er ihn auch ein halbes Jahr später, seinen intimsten Berater, den Chef des Zivilkabinetts v. Valentini, zu entfernen. Ganz ebenso stürzte er Kühlmann. **War das nicht schon Militärdiktatur?** Sie war es und war es doch nicht. Dieser Zweifel ist aber mehr als ein bloßer Wortstreit; er ist bezeichnend für die **Halbheit, Inkonsequenz und Unklarheit, die Ludendorffs Wesen ist. . . .**

„Wir werden von einem wahnsinnig gewordenen Kadetten regiert," sagte mir einmal um die Wende 1917-18 in dumpfer Verzweiflung ein der Entscheidung der Dinge nahestehender Mann. . . . .

Ludendorff ist als Stratege ganz dasselbe wie als Politiker. **Er weiß nie was er will.** Er schwankt haltlos zwischen entgegengesetzten Bestrebungen hin und her. Er will den großen Sieg und unterläßt es doch, alle Kräfte auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren. Er will bloße Teilschläge und sieht nicht, daß die größte, ja eine unfehlbare Chance für einen gewaltigen Teilerfolg nicht in Frankreich, sondern in Italien zu seinen Füßen liegt . . .

Der allerdunkelste Punkt in Ludendorffs Laufbahn, ist die plötzliche dringende Waffenstillstandsforderung. **Auch hier will er es wieder nicht gewesen sein.** Wenn die Feinde uns keine ehrenvollen Bedingungen gewähren, so sollte weitergekämpft werden . . .

Der Zusammenbruch war nicht die Folge der Revolution, sondern die Revolution war die Folge des Zusammenbruchs. Schwere, allerschwerste Meuterei hat es auch in der französischen Armee schon 1917 gegeben, aber man ist ihrer wieder Herr geworden, weil doch die Hoffnung auf den endlichen Sieg bestand. In Deutschland rissen die Bande des Gehorsams und der Treue, als es diese Hoffnung nicht mehr gab, als der Abfall und Zusammenbruch Bulgariens und Oesterreich-Ungarns uns isolierte hatte und **Ludendorffs plötzliche Waffenstillstandsforderung aller Welt kund gab, daß der Krieg für uns verloren sei. . .**

Verdammt man den Verrat der meuternden Armee, so darf man nicht vergessen, **daß der erste Meuterer in diesem Kriege der Feldherr war,** als er dem Kaiser, weil ihm dessen Politik nicht richtig schien, den Dienst aufsagte. Darum komme ich auch rückhaltlos heraus mit meiner Anklage. **Wie einst zwei große Männer, Bismarck und Moltke, das Deutsche Reich aufgebaut haben, so haben es zwei andere wieder zerstört: Tirpitz und Ludendorff.** Jener, indem er durch seine ziellosen Dreadnought-Bauten und die Verhinderung jedes Flottenabkommens den Argwohn der Engländer bis zur Raserei steigerte und uns dadurch den Krieg auf den Hals zog; dieser, indem er **den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg verwandelte, den Krieg nicht zu führen verstand,** und durch seine Auflehnung gegen den Kriegsherrn begann mit der Revolution, die endlich das Deutsche Reich unter sich begrub und verschlang. . . .

Schuld wird nicht geringer durch Mitschuldige; die Industriellen und Professoren, die den Krieg vorwärtstrieben, durchschauten die Lage nicht so wie der General. Und so bequem die Anlehnung für ihn war, so durfte er sich nicht auf sie verlassen. Wer es unternimmt, die Welt zu gestalten, muß hoch genug stehen, um zu wissen, daß die öffentliche Meinung kein Führer ist. Es ist schon so, daß nicht nur die Masse, sondern auch die Persönlichkeiten in der Weltgeschichte etwas bedeuten. Den Weltkrieg zu verhindern, waren wir außerstande; man hätte ihn uns aufgezwungen, auch wenn wir im Juli 1914 eine andere Politik gemacht hätten. Wohl aber hätten wir, wenn Ludendorff ein anderer Mann gewesen wäre, den Krieg anders beenden können."

Der Streik in Mansfeld ausgebrochen

Eisleben, 18. Februar.

Die Bergarbeiter lehnten den gestrigen Vorschlag der Mansfeldschen Syndikats A.-G., die Streitigkeiten dem Schiedsgericht zu unterbreiten, ab. Der Streik hat heute nachmittag begonnen.

Die Vertagung von Genua notwendig?

EE. London, 18. Februar.

Die „Daily News" erklären, die bittere Folge des Sturzes des Kabinetts Bonomi werde die Vertagung der Konferenz von Genua sein. Wahrscheinlich werde die Konferenz nunmehr nicht vor dem Monat April zusammentreten können. Die „Times" schlägt zur Erleichterung einer Einigung mit Frankreich vor, den Völkerbund sich über das Programm der Konferenz aussprechen zu lassen, und erst dann den Zeitpunkt der Konferenz zu bestimmen.

Frankreichs Schulden an Amerika

EE. New York, 18. Februar.

Der ehemalige französische Wiederaufbauminister Loucheur erklärte dem Vertreter des in Baltimore erscheinenden Blattes „Sun", **Frankreich könne seine Kriegsschulden an Amerika weder jetzt noch später zurückzahlen.** Die einzige Möglichkeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen, bestände in der Ausfuhr französischer Waren nach Amerika. Gegen diese Ausfuhr sträube sich Amerika. **Obwohl alles Gold der Welt bereits in seinen Kassen läge, verlange es auch die Bezahlung seiner Außenstände in Gold.** Die Regierung bereite sogar die Ausarbeitung eines Schutzzolltarifs vor, um die europäischen Waren noch mehr von den amerikanischen Märkten abhalten zu können. Loucheur wandte sich sodann gegen eine Aeußerung des Senators Mc. Cormic, Frankreich würde seine Schulden leicht zahlen können, wenn es seine Ausgaben für die Armee herabsetzen würde. Diese Behauptung entspreche nicht den Tatsachen, denn die Kosten für das Militärprogramm würden durch die nationalen Einnahmen gedeckt.

Amsterdam und Moskau

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Amsterdam, den 18. Februar 1922.

Am 17. Februar 1922 fand in Brüssel eine Besprechung zwischen Ole Lian, dem Vertreter des der Moskauer Internationale angeschlossenen Norwegischen Gewerkschaftsbundes und dem Bureau des Internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbundes statt über die Möglichkeit, gegenüber der wachsenden Reaktion die Einheitsfront der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu verwirklichen. Die Besprechung ergab die nochmalige Feststellung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund stets für die Einheit des Proletariats eingetreten sei und es mit Freuden begrüßen würde, wenn die in den russischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter bereit wären, diese Einheit gemeinsam mit ihren Kollegen der anderen Länder zu schaffen. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärte sich bereit, zu diesem Zweck jederzeit mit einer befugten Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Rußlands zusammenzukommen.

Auch wir begrüßen es lebhaft, daß die Moskauer Internationale durch die Vermittlung von Ole Lian die Verbindung mit der Amsterdamer Internationale sucht und somit jenen Sinowjeff und manchen anderen desavouiert, der seinerzeit in und nach Halle die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschafter als Agenten der Bourgeoisie beschimpfte. Und jene, die vor Halle auszogen, um die U. S. P. auch wegen ihrer Ablehnung der auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften gemünzten Bedingungen der Moskauer zu spalten — auch sie würden eine neue schallende Ohrfeige davontragen, falls es auf Grund der Bereitwilligkeit des Amsterdamer Bureaus zu einer Verständigung mit Moskau kommen sollte.

Die Abstimmung der Fraktionsminderheit

Von Rud. Breitscheid

Die gegnerische Presse sowohl wie unsere eigene haben zu der Abstimmung unserer Fraktion über das Vertrauensvotum Kommentare gebracht, die eine kritische Stellungnahme notwendig machen.

In bürgerlichen Blättern war zu lesen, daß die Fraktion Abkommandierungen vorgenommen habe, um eine Mehrheit gegen Wirth nicht zustandekommen zu lassen. Die Reden Crispiens und Dittmanns seien Theaterdonner gewesen, hinter den Kulissen hätten die Unabhängigen bereits alles arrangiert gehabt.

Diese Darstellung ist natürlich reines Phantasieprodukt. Der Beschluß der Fraktion lautete auf Ablehnung des Billigungsantrags. Abkommandierungen haben nicht stattgefunden, und es hätte wohl auch keinen Parteigenossen gegeben, der sich zu einem solchen Schwindel hergegeben hätte. Die 13 Genossen, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, haben aus eigener Ueberzeugung und aus eigenstem Antrieb gehandelt, und es ist töricht, der Fraktion eine Verantwortung zuzuschieben, die die dreizehn allein zu tragen haben.

Wenn daher mehrere Organe unserer Partei Angriffe gegen diejenigen richten, die sich zu dem Nein nicht entschließen konnten, so sind sie, was das Angriffsobjekt angeht, durchaus auf dem richtigen Wege, und es fragt sich nur, ob ihre Kritik besonders insofern sachlich berechtigt ist, als sie einen Disziplinbruch konstruiert.

Von einem Disziplinbruch kann schlechterdings nicht die Rede sein. Wie Genosse Dittmann in seinem gestrigen Artikel ganz richtig hervorgehoben hat, darf Fraktionszwang niemals zum Gewissenszwang werden. Die Fraktion kann und muß verlangen, daß keins ihrer Mitglieder im Parlament ein ihren Beschlüssen zuwiderlaufendes Votum abgibt, aber sie kann niemanden zu einer Abstimmung nötigen, die er mit seinem Gewissen nicht zu vereinbaren vermag. Dementsprechend war es in der alten sozialdemokratischen Partei, wie auch in der U. S. P., von jeher Uebung, denjenigen, die einen von der Mehrheit abweichenden Standpunkt einnahmen, die Möglichkeit der Nichtbeteiligung an der Abstimmung offen zu halten, und es darf daran erinnert werden, daß bei den Bewilligungen der Kriegskredite jedesmal von dieser Freiheit Gebrauch gemacht worden ist.

Zu allem Ueberfluß aber hat am Schluß der entscheidenden Fraktionssitzung Genosse Ledebour als Fraktionsvorsitzender ausdrücklich auf den Weg hingewiesen, den die Minderheit beschreiten könne, und es ist also gänzlich falsch, den dreizehn, die ohne vorherige Verabredung und von niemanden „geführt" handelten, Disziplinbruch zum Vorwurf zu machen.

Was unsere sachliche Stellungnahme betrifft, so kann ich mich nach den Ausführungen Dittmanns sehr kurz fassen. Es war nicht der Wille der Fraktion, das Kabinett Wirth unter allen Umständen zu stürzen. Sie wollte ihm nur wegen seiner Haltung zum Eisenbahnerstreik ihre Mißbilligung aussprechen. Darin waren alle ihre Mitglieder einig, und auch darüber bestand wohl keine Meinungsverschiedenheit, daß, wenn die Aussicht bestanden hätte, für unser Mißtrauensvotum eine Mehrheit im Reichstag zu finden, Rücksichten auf die gegenwärtige Regierung uns nicht zu einem Verzicht auf dieses Votum hätte veranlassen dürfen. In diesem Falle hätte die Majorität einen politisch einheitlichen Charakter gehabt, und aus ihr wäre ein neues Kabinett zu bilden gewesen.

Aber so lagen die Dinge nicht. Für jeden der eingebrachten Mißbilligungsanträge gab es nur eine Minderheit, denn sie waren alle verschieden motiviert. Hätte Wirth nicht auf einem positiven Vertrauensvotum bestanden, so hätte die ganze Abstimmung einen Ausgang genommen wie das Hornberger Schießen. Erst durch das persönliche Eingreifen des Reichskanzlers wurde das Bestehen des Kabinetts in Frage gestellt, und erst durch die törichte Formulierung, die die Regierungsparteien der Vertrauenserklärung gaben, konnten in unserer Fraktion Zweifel über den einzuschlagenden Weg auftauchen.

Die Mehrheit hielt sich an den Wortlaut des Antrags und kam zu ihrem ablehnenden Beschluß, weil sie sich in der Frage der Erklärungen zum Eisenbahnerstreik der Stimme nicht enthalten dürfe. Die Minderheit hörte nicht auf, die Haltung des Kabinetts zu verurteilen, trug aber Bedenken, sich mit den Rechtsparteien zu einem Sturz Wirths zu vereinigen. Sie war und ist der Meinung, daß für die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei der Streik von untergeordneter Bedeutung war. Diese Gruppen wollten Wirth beseitigen, weil er ihnen außenpolitisch zu „pazifistisch" und innenpolitisch noch immer zu demokratisch ist. Ihr Sieg hätte nach unserer Ueberzeugung einer rein bürgerlichen Regierung, die stark unter dem Einfluß der Helfferich und Westarp stehen würde, den Weg geöffnet, und dafür die Verantwortung zu übernehmen, konnten wir uns um so weniger entschließen, als, wie gesagt,

die Fraktion selbst gar nicht die Absicht hatte, in diesem Augenblick der Regierung Wirth das Grab zu schaufeln.

Unsere Ueberzeugung mag als falsch hingestellt werden, aber wir verlangen das Zugeständnis, daß wir nach bestem Gewissen bemüht gewesen sind, die Interessen des Proletariats wahrzunehmen, und daß wir unseren Weg ohne Verletzung der Fraktionsdisziplin gegangen sind.

Die Parteipresse über die Abstimmung

Die **„Leipziger Volkszeitung"** erinnert an ihre früheren Ausführungen, wonach es der U. S. P.-Fraktion nicht möglich gewesen sei, für ein Vertrauensvotum für die Regierung Wirth zu stimmen, denn das hätte die Uebereinstimmung der U. S. P. mit der Steuerpolitik und der Rachepolitik der Regierung im Kampfe gegen die Eisenbahner ergeben. Aber nun sei die Frage entstanden, ob durch diese innerpolitischen Verfehlungen des Kabinetts Wirth auch die bisherige Linie der Außenpolitik in Frage gestellt werden solle. Ein Teil unserer Fraktionsmitglieder habe diese Lösung verneint, indes auch sie vermochten die Innenpolitik Dr. Wirths nicht zu unterstützen. Bei der Struktur der Parteien im Reichstage aber glaubten sie nicht verantworten zu können, das Erfüllungskabinett Wirth im Angesicht von Genua zum Sturz zu bringen. Daher die gegensätzliche Abstimmung der Fraktion.

„Tribüne"-Erfurt: „Wir wollen das Fehlen der zuerst aufgeführten 12 Genossen unberücksichtigt lassen, verurteilen aber aufs schärfste das Verhalten der im Reichstag anwesend gewesenen 13 Genossen, die demonstrativ der Abstimmung ferngeblieben sind. Das ist glatter Disziplinbruch, den sich die Fraktionsmehrheit und die Partei nicht gefallen lassen darf. Zentralkomitee und Fraktion haben die Pflicht, die 13 Drückeberger zur Verantwortung zu ziehen. Ihnen ist zum Bewußtsein zu bringen, daß nicht nur der „Durchschnittsgenosse" die Pflicht hat, Parteidisziplin zu üben, sondern in erster Linie und vorbildlich unsere Parlamentsvertreter, die nicht um ihrer selbst willen im Reichstag sitzen."

„Münchener Morgenpost": „Es wäre ganz sinnlos, die zwiespältige Lage, in der sich unsere Partei gegenüber der Regierung Wirth befindet, hinwegdisputieren zu wollen. Das Fernbleiben von der Abstimmung ist ein Aushilfsmittel, mit dem man über eine verfahrene parlamentarische Situation hinwegkommen kann. Es ist aber auf die Dauer nicht möglich, die nun einmal vorhandene Schwierigkeit, die Außenpolitik der Regierung gegen die Angriffe der Rechten stützen zu müssen und gleichzeitig die Innenpolitik der Regierung — Steuerkompromiß und Eisenbahnerstreik — bekämpfen zu müssen, aus der Welt zu schaffen ... Daß auf diese Weise nicht fortgewurstelt werden kann, ist klar. Jedenfalls wird höchstens noch bis zum Ablauf der Konferenz von Genua sich dieser Zustand aufrecht erhalten lassen. Dann wird es heißen: Klarheit in der Innenpolitik, wenn nötig durch Neuwahlen."

„Volksstimme", Hagen: „Von den Unabhängigen haben 14 Abgeordnete an der Abstimmung nicht teilgenommen, 12 fehlten überhaupt, so daß man wohl mit Recht sagen kann, die Stimmenthaltung dieser 26 hat dem Kabinett Wirth noch einmal das Leben gerettet. Die Erklärungen des Reichskanzlers und Groeners lassen darauf schließen, daß die Regierung hinter den Kulissen allerhand Versprechungen gemacht hat, um die Unabhängigen zur Stimmenthaltung zu bewegen. Wir glauben, daß diejenigen recht handelten, die dem Kabinett Wirth das Vertrauen versagten und mit „Nein" stimmten."

„Nordhäuser Volkszeitung": „Wirth will Deutschland retten aus dem Chaos, in das die Nationalisten es gebracht haben. Gut. Das Ziel ist lobenswert und das einzig richtige deutscher Politik. Aber er muß auf die Gefolgschaft der U. S. P., wie aller denkenden Hand- und Kopfarbeiter verzichten, will er das Ziel erreichen unter der Parole: „Arbeitszeitverlängerung und Hungerlöhne und Schonung des Besitzes!"

„Unabhängige Volkszeitung", Plauen: „Die unabhängigen Fraktionsmitglieder die der Abstimmung ferngeblieben sind, zeigten mehr Weitblick als die Neunmalweisen und Selbstgerechten aus dem Lager Hermann Müllers. Sie haben mit zusammengebissenen Zähnen über den Unfug im Lager der Koalition hinweggesehen und auf den reaktionären Feind geblickt, der in günstigster Position nach den Zügeln der Regierung griff. Sie haben die allerschlimmsten Befürchtungen an einen Erfolg dieser Strauchritter vom schwarz-weiß-roten Fähnchen geknüpft. Und sie haben deshalb nach kühler Abwägung aller Für und Wider an einer Aktion nicht teilgenommen, die möglicherweise der Stresemann-Helfferichfronde nützen konnte. Darum — aus tiefster Sorge für die Interessen der deutschen Arbeiterklasse, mit der eine Rechtsregierung in allerschlimmster Weise Schindluder treiben würde — entzogen sie sich der Abstimmung gegen das Kabinett Wirth."

„Der Kämpfer", Stettin: „Ob durch das angenommene Vertrauensvotum die Krise wirklich gelöst ist, ist kaum anzunehmen. Wirth wird natürlich fortfahren, seine halbwegs vernünftige Außenpolitik auf Kosten des deutschen Proletariats zu treiben. Das wird hoffentlich auch denen unserer Genossen im Reichstage die Augen öffnen, die gestern noch durch ihre Stimmenthaltung an dem weiteren Verbleiben Wirth mitgewirkt haben."

Radeks Taktik

Gen. Breitscheid schreibt uns:

In der „Leipziger Volkszeitung" befinden sich einige Mitteilungen über ein Gespräch, das ich am 13. Februar im Haus des Chefs der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes mit Karl Radek über die innerpolitische Krisis in Deutschland gehabt habe.

Ich habe von dieser Unterredung bisher nur einige Parteigenossen, die übrigens zum Teil vorher durch einen Zeugen des Gespräches unterrichtet worden waren, in Kenntnis gesetzt. Nachdem die Angelegenheit aber in die Presse gekommen ist, halte ich mich für verpflichtet, auch in der Oeffentlichkeit eine genauere Darstellung zu geben.

Bald nachdem Radek und ich uns begrüßt hatten, kamen wir in eine Unterhaltung über die Regierungskrise. Radek fragte, ob wir es für zweckmäßig hielten, in diesem Augenblick aus prinzipiellen Gründen Wirth zu stürzen. Auf meine Entgegnung, daß ich persönlich Bedenken trage, obwohl die Fassung des Vertrauensvotums es der Fraktion schwer mache, anders als mit Nein zu stimmen, meinte er, man dürfte einen solchen Schritt nur tun, wenn man zu der Hoffnung berechtigt sei, damit seinen eigenen Zielen näher zu kommen. Es sei ihm sehr zweifelhaft, ob das der Fall sein würde, **da sich im gegenwärtigen Moment eine Arbeiterregierung kaum** denken lasse. Die Möglichkeit einer Rechtsregierung sei sehr nahe gerückt, und das bedeute auch außenpolitisch eine große Gefahr.

Ich stimmte dem zu und legte Radek nahe, er möge seine Ansicht doch seinen kommunistischen Parteifreunden übermitteln. Er erklärte, er könne deshalb keinen Einfluß auf die Kommunisten ausüben, weil er in amtlicher Eigenschaft in Berlin sei und nicht den Eindruck erwecken wolle, als ob er aus irgendwelchen russischen Interessen heraus irgendwie für die Erhaltung des Kabinetts Wirth eintrete. Wäre er Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei, **so würde er dafür stimmen, daß bei der entscheidenden Abstimmung die Fraktion nur einen Hochposten im Saale lasse und im übrigen nicht an der Abstimmung teilnehme.**

Da ich wußte, daß Radek mit der Unabhängigen Zentralleitung wegen internationaler Angelegenheiten Besprechungen hatte, fragte ich ihn, ob er nicht auch den Genossen Ledebour und Rosenfeld seine Meinung über die Regierungskrisis gesagt habe oder sagen wolle. Seine Antwort war, daß er mit Ledebour gesprochen habe, sich des weiteren aber aus den angegebenen Gründen nicht zu engagieren beabsichtige.

Wir kamen im weiteren Verlauf des Abends noch einmal auf den Gegenstand zurück, und Radek sagte mir: „Ich reise am Donnerstag ab, und ich hoffe, daß bis dahin nicht „aus prinzipiellen Gründen" das Kabinett Wirth gestürzt ist."

Soweit ich unterrichtet bin, hat Radek ähnliche Ausführungen gegenüber einem seiner Parteifreunde gemacht.

Ich habe von alledem auch in den Sitzungen der Fraktion, die sich mit der Regierungskrisis beschäftigen, keinen Gebrauch gemacht, einzelnen Parteigenossen aber den Inhalt des Gespräches mitgeteilt, weil es natürlich für uns interessant war, daß Radek eine andere Meinung vertrat als die Kommunistische Fraktion des Reichstages.

Die Menschenjäger auf Petzow

Die Rechtspresse rührt sich

Die Schießereien der Herren von Kähne waren der Rechtspresse so unangenehm, daß sie ihr einige Tage die Sprache raubten. Unter dem Druck der allgemeinen Empörung über diese Roheiten „gebildeter" Adliger sieht sich die Rechtspresse nun doch genötigt, von den Vorfällen Notiz zu nehmen. Die „Tägliche Rundschau" und der „Lokal-Anzeiger" tun dies in kleinen Bemerkungen, dagegen schreibt die „Deutsche Tageszeitung" eine politische Notiz unter der bezeichnenden Ueberschrift „Splitter und Balken".

Das Blatt findet es merkwürdig, daß die Zeitungen der Linken diesen Vorfällen so außerordentlich viel Raum widmen und stellt die Taten der Herren von Kähne in eine Linie mit den tausend „Roheitsdelikten, die in unseren glorreichen Zeiten (!) Tag für Tag an allen Ecken und Enden sich ereignen". Das Blatt schreibt dann weiter:

> „Mag nun ein Schupobeamter seinen Gegner mit der Bierflasche erschlagen oder ein 17jähriges Dienstmädchen seine Herrschaft erdrosseln, mögen sich Ueberfälle mit Mord und Totschlag auf einzelstehende Gehöfte ereignen, die Presse berichtet darüber mit gleichgültiger Kürze in ein paar unauffälligen Zeilen, und kein Mensch ist so unanständig, deshalb die Schutzpolizei oder die Dienstboten oder die Arbeiter gar in ihrer Gesamtheit als Verbrecherbande hinzustellen und den ganzen Stand anzugreifen."

Die „Deutsche Tageszeitung" ist also der Meinung, daß bei den adligen Herren auf Schloß Petzow nicht mehr Urteilsvermögen über ihre eigenen Taten und auch nicht mehr Sittlichkeit vorauszusetzen ist, als bei irgendeinem 17jährigen Dienstmädchen. Man wird sich diese Stellungnahme des Junkerblattes für die Zukunft merken müssen, denn es ist anzunehmen, daß das Blatt der Junker seine eigenen Anhänger richtig einschätzen wird. Die „Deutsche Tageszeitung" spürt aber auch sehr wohl die politische Seite der Sache; sie entschuldigt die Tat indirekt damit, daß sie in einem „anscheinend stark übertriebenen Eigentumsbegriff" wurzele.

Im übrigen ist es ja wenig erfolgreich, sich mit der Heuchelei des Junkerblattes zu beschäftigen, da dieses von deutscher Wahrheitsliebe beseelte Organ natürlich nie zugeben wird, daß in tausenden von Fällen Arbeiter bei viel geringerem Vergehen viel schärfer verurteilt worden sind als der schwerreiche junge Herr von Kähne, der 10 000 M. Geldstrafe von verständnisvollen Potsdamer Richtern erhielt, weil er auf Menschen schoß, damit sie „hochstehen wie die Hasen".

•

Der Preußische Pressedienst meldet amtlich: Das Strafverfahren wegen des von dem Ritterguisbesitzer Karl von Kähne auf den Arbeiter Rietert abgegebenen Schusses wird von der Staatsanwaltschaft in Potsdam mit allem Nachdruck geführt.

Wir gestatten uns, in den „Nachdruck" der Potsdamer Staatsanwaltschaft einigen Zweifel zu setzen. Nachdem der Oberstaatsanwalt in einer brutalen Art und Weise Erkundigungen nach dem Opfer eingezogen hat, nachdem aber vor allem die Anklagebehörde die Anklage nicht wegen Mordversuches, sondern nur wegen Körperverletzung erhoben hat, ist zu erwarten, daß der Menschenjäger vom Gericht geschont wird. Der Raubritter von Kähne hat wiederholt die Absicht zu schießen, kundgegeben; von einer Körperverletzung aus Notwehr, auf die sich der feige Revolverheld ausredet, kann gar keine Rede sein.

Entscheidungen der Rheinlandkommission

Koblenz, 16. Februar.

Bekanntlich waren Ende vorigen Jahres vom Kriegsgericht Aachen eine Anzahl früherer Offiziere des Regiments Vogel von Falkenstein wegen angeblicher Teilnahme an einer Regimentsfeier zu schweren Gefängnis- und hohen Geldstrafen verurteilt worden. Nunmehr sind sämtliche zwanzig Verurteilten auf Grund eines Gnadengesuches, das durch den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete dem belgischen Oberkommissar überreicht worden war, mit Wirkung vom 26. Januar ab aus dem Gefängnis entlassen und begnadigt worden.

Den Bemühungen des Reichskommissars für die rheinischen besetzten Gebiete ist es gelungen, durch das Entgegenkommen der Rheinlandkommission die Aufhebung des Ausweisungsbefehls gegen die Führer Kissel, Kriegel und Schrag aus Speyer vom 9. April ab zu erwirken. Die Genannten waren im vorigen Jahre wegen Teilnahme an einer Veranstaltung des deutschen Jugendbundes im unbesetzten Gebiete aus dem besetzten rheinischen Gebiete ausgewiesen worden.

Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung

Durch die fortschreitende Geldentwertung ist die augenblicklich vorgesehene Gehaltsgrenze von 30 000 M. für die Versicherungspflicht der Angestellten als vollkommen überholt zu bezeichnen. Der Verbandsvorstand des Zentralverbandes der Angestellten hat deshalb an den Reichswirtschaftsrat und an den Reichstag eine Eingabe gerichtet und unter Hinweis darauf, daß die Erhöhung dieser Grenze nicht zurückgestellt werden darf, bis die augenblicklich dem Reichstag vorliegende Novelle zur Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte verabschiedet ist, die Erhöhung dieser Gehaltsgrenze auf 100000 M. verlangt.

Eine internationale Genossenschaftsabordnung trifft am 20. Februar in Moskau ein. Die Delegation setzt sich zusammen aus: May (Internationale Genossenschafts-Vereinigung); Broderik (Internationale Großeinkaufs-Genossenschaft); Poussen (Frankreich); Servi (Belgien); Sutter (Schweiz); Lustinga (Tschecho-Slowakei). Von Moskau aus wird die Abordnung eine Studienreise durch die wichtigsten Zentren Rußlands **antreten.**

Kein neuer Eisenbahnerstreik

Ueber die Besprechungen, die mit Vertretern der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -anwärter gestern in der Reichskanzlei stattgefunden haben, wird noch berichtet:

Im Laufe des Freitag nachmittags wurden als Vertreter der Reichsgewerkschaft die Herren Döbling und Thieme, sowie drei weitere Herren aus Essen, Münster und Berlin durch den Staatssekretär Dr. Hemmer empfangen. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft legten dar, daß entgegen den ausgegebenen Richtlinien Massendisziplinierungen vorgenommen worden seien, daß überhaupt diese Richtlinien von den Eisenbahnbehörden extensiv ausgelegt würden. Auch bestehe völlige Unklarheit über die Auslegung des Begriffs des Urhebers im Sinne der Ziffer 1 der Richtlinien. Sie böten daher um eine authentische Interpretation, wer als Urheber im Sinne der Richtlinien anzusehen sei. Im Zusammenhang damit überreichten die Vertreter der Reichsgewerkschaft eine Liste von angeblichen Disziplinierungen, die 7000 Fälle aufführt, und betonten, diese Liste sei bei weitem nicht erschöpfend. Die Herren erhoben im Namen der Reichsgewerkschaft die Forderung, daß, abgesehen von schweren Sabotagefällen keine Disziplinarverfahren eingeleitet werden sollen, namentlich aber keine Massendisziplinierungen vorkommen dürften, entsprechend der Zusage des Reichskanzlers.

Im Anschluß daran wurde die Abordnung vom Reichskanzler selbst zu einer Aussprache empfangen. Das Ergebnis dieser Aussprache war folgendes:

Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß **der Reichskanzler die Einhaltung der Richtlinien im Auge behalten** werde. Daß der Kanzler jeden Einzelfall nachprüfe und untersuche, sei technisch unmöglich und auch nicht seines Amtes. Wenn aber die Organisationen ihm Fälle besonderer Art unterbreiteten unter Behauptung, daß diese nicht nach den Richtlinien behandelt worden seien, dann sei der Reichskanzler bereit, sich eines solchen Falles anzunehmen und den Reichsverkehrsminister um Aufklärung zu ersuchen. Schließlich wurden die Vertreter der Reichsgewerkschaft aufgefordert, Material für ihre Behauptungen beizubringen. Der Reichskanzler werde sich dann mit dem Reichsverkehrsminister ins Einvernehmen setzen. Ueber die Auslegung des Begriffs des Urhebers werde das Reichskabinett eventuell noch beraten.

Die Abordnung der Reichsgewerkschaft stellte die Stimmung der Eisenbahnbeamtenschaft als recht bedrohlich hin. Sie wies darauf hin, daß die Führer die Masse der Beamtenschaft durchaus hinter sich hätten und daß sie eine **Gewähr für Fortführung der Arbeit nur übernehmen** könnten, falls die Reichsregierung im Sinne der von der Reichsgewerkschaft gestellten Forderungen auf die Beamtenschaft beruhigend einwirke.

•

Das Ergebnis dieser Unterredung hat, wie wir schon gemeldet haben, dem erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft genügt, um einen die Wiederaufnahme des Streiks ablehnenden Beschluß zu fassen.

Inzwischen wird indes die Hetze gegen die Eisenbahner fortgesetzt, und zwar gerade in jenem Teil der Presse, dem nachgewiesen worden ist, daß ein Teil seiner eigenen Anhänger zu den Führern und Urhebern der Streikbewegung gehört. Das Schreiben des Nationalverbandes der Gelben scheint also nicht überall gewirkt zu haben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bringt einen Artikel über die „Ruhepause", die die Reichsgewerkschaft der Regierung gönnen will, und schreibt darin:

> „Wenn die gemäßigte Richtung (in der Reichsgewerkschaft) vorläufig Oberwasser bekommen hat, dann wollen wir das gewiß begrüßen. Andererseits läßt sich jedoch nicht verkennen, daß in der radikalen Richtung der Reichsgewerkschaft Elemente an der Arbeit sind, die auf eine neue große Aktion hinarbeiten. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Kreise in ständiger Fühlung mit den Kommunisten und zum Teil auch mit der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen und bestrebt sind, mit diesen Kreisen gemeinsam eine neue Aktion in der ersten Märzhälfte einzuleiten. Eine starke Flugblattverbreitung und andere Maßnahmen lassen vermuten, daß insbesondere Mitteldeutschland und die Direktionsbezirke um das besetzte Gebiet herum für eine derartige Aktion ausersehen sind. Sollten die jetzt schwebenden Verhandlungen in der Metallindustrie zum Streik führen, dann will man in Verbindung mit diesem eine erneute Lahmlegung des Verkehrs versuchen."

Das märchenhafte dieser Darstellung ist zwar offenbar, aber dennoch könnte es nichts schaden, wenn die Reichsgewerkschaft sorgfältig auf strenge Disziplin in ihren eigenen Reihen sehen würde. Sie würde damit nur ihrem eigenen und dem Interesse der Eisenbahnbeamten dienen. Vor allem aber müßte doch für den von der „D. A. Z." an die Wand gemalten Streik zunächst ein Anlaß und eine Forderung vorliegen. Aufgabe der Reichsregierung wird es daher sein, diesen Anlaß nicht zu schaffen, indem sie nun dafür sorgt, daß allen Zusicherungen, die der Reichsgewerkschaft gegeben worden sind, in den Direktionsbezirken endlich Rechnung getragen wird.

Die Wirtschaftsbeihilfen

Wolffs Bureau meldet: Nach Anfragen, die an das Reichsfinanzministerium gerichtet worden sind, wird die kürzlich veröffentlichte Pressenotiz über die bevorstehende Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an Beamte und Angestellte in Orten mit besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen zum Teil irrtümlich ausgelegt.

Zur Klarstellung wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß die Bemessung der Wirtschaftsbeihilfen in Anlehnung an die den Arbeitern gewährten Ueberteuerungszuschüsse derart gedacht ist, daß für je 10 Pfennige Ueberteuerungszuschuß eine jährliche Wirtschaftsbeihilfe von 250 M. gegeben werden soll. Beispielsweise würde somit die Wirtschaftsbeihilfe in einem Orte, an dem die Arbeiter einen Ueberteuerungszuschuß von einer Mark pro Stunde erhalten, auf 10 mal 250 Mark, also 2500 Mark bemessen werden.

Nach Fühlungnahme mit dem Reichsrat und den Parteien des Reichstags hat der Reichsminister der Finanzen **die Auszahlung der neuen Wirtschaftsbeihilfe** an die Beamten und Angestellten derjenigen Bezirke, über die die Verhandlungen wegen der Ueberteuerungszuschüsse der Arbeiter abgeschlossen sind, **angeordnet.** Die Nachprüfung der Grundgehälter ist im Gange und wird mit Beschleunigung zu Ende geführt.

Ein Präzedenzfall zur Abstimmung. Die Haltung eines Teiles der U. S. P. D.-Fraktion bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth erinnert an die Entscheidung zur Gesetzesvorlage einer Verfassung für Elsaß-Lothringen. Bei der Schlußabstimmung am 26. Mai 1911 (184. Sitzung des Reichstages) gab der Abgeordnete Frank-Mannheim namens der sozialdemokratischen Partei eine kurze Erklärung ab. Die Fraktion spricht darin das Bedauern aus, daß es ihr nicht gelungen ist, eine demokratische Verfassung durchzusetzen, daß die Uebertragung der Staatsgewalt auf den Kaiser und die Errichtung einer I. Kammer gegen den Willen der Mehrheit der Elsaß-Lothringer in das Gesetz gekommen ist. Die Fraktion erwartet vom direkten Wahlrecht eine Einwirkung auf die spätere Schaffung einer anderen demokratischen Verfassung. Das Gesetz wurde mit 211 gegen 93 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Innerhalb der Fraktion machten sich große Bedenken gegen die Zustimmung geltend. Die Genossen Albrecht, Emmel, Ad. Geck, Kunert, Ledebour und Lehmann-Mannheim verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal. Sie sind als fehlend in der Abstimmungsliste bezeichnet.

Streikdebatte im Landtag

Katz verleugnet Radek

Die Beratung der Anträge zu den Streiks wird fortgesetzt.

Abg. v. Eynern (D. Vp.): Der Polizeipräsident hat nur seine Pflicht erfüllt. Zwischen den Ausführungen des Abg. Krüger und denen des Ministers Severing zum Beamtenstreikrecht klafft derselbe Widerspruch wie zwischen den Reden der unabhängigen Parteiredner hier und der Auffassung des unabhängigen Ministers Lipinski. Warum ist die „Rote Fahne" mit ihren Hetzartikeln nicht verboten worden?

Abg. Riedel (Dem.): Der Streik ist ein schwarzes Blatt in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Auch die „Freiheit" hat ihn verurteilt. Der Aufruf des ADGB. war eine wahrhaft nationale Tat. Aus dem von der „Freiheit" veröffentlichten Schreiben des Nationalverbandes der deutschen Berufsverbände geht klar hervor, daß die Rechte Beamtenfang treibt. **Die Deutschnationalen beten förmlich zu Gott, daß Rathenau in Genua nichts erreicht.** (Zuruf des Abg. Baecker (Din.): Demagogie! Ordnungsruf.)

Abg. Dr. Meyer (Komm.) Die Verordnung des Reichspräsidenten war ein Verrat an der Arbeiterschaft. Der Streik ist durch das scharfmacherische Verhalten der Regierung hervorgerufen und verlängert worden. Die Technische Nothilfe ist eine Streikbrecherorganisation. Wir haben auch zur Außenpolitik Wirths kein Vertrauen. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich zu einer Einheitsfront gegen die Regierung zusammenschließen.

Abg. Rabold (U. Sp.):

Von den Rednern der Rechtsparteien ist behauptet worden, daß der Streik der Eisenbahner neben der Verhetzung seine Hauptursache im Friedensvertrag und der damit verbundenen Erfüllungspolitik habe. In Wirklichkeit werden die sogenannten Siegerstaaten noch viel heftiger durch Streikkrisen erschüttert wie die Staaten der Besiegten. Die Streiks entspringen dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und dieser Gegensatz ist durch den Krieg wesentlich verschärft worden, vor allem auch durch die Tatsache, daß der leidende Teil in allen Staaten die arbeitende Bevölkerung ist, auf die obendrein noch alle Lasten des Krieges abgewälzt werden. **Wir haben als sozialistische Vertreter die Pflicht, die tieferen Ursachen des Eisenbahnerstreiks klarzulegen und festzustellen, daß neben der allgemeinen sozialen Ursache auch die Maßnahmen der Regierung großen Unwillen unter den Beamten hervorgerufen und sie geradezu zum Streik gedrängt haben.** Die Besoldungsordnung, die den oberen Beamten zuviel und den unteren Beamten zu wenig gibt, ist

gegen den Widerspruch meiner Partei

beschlossen worden und hat den Unwillen der unteren Beamtenschichten bis zur Siedehitze gesteigert. Aber von diesen Tatsachen abgesehen, muß doch festgestellt werden, daß die Art und Weise, wie der Streik über die Köpfe der anderen Gewerkschaften hinweg von der Reichsgewerkschaft aufgezogen worden ist, weder vom sozialistischen noch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gebilligt werden kann. **Jeder Arbeiterführer, der sich seiner Pflicht dem Proletariat gegenüber bewußt ist, muß diesen Standpunkt einnehmen.**

Herr Severing hat gestern behauptet, es müsse das Bestreben jeder demokratischen Regierung sein, Lohnbewegungen wie die der Eisenbahner zu lokalisieren und die Erregung zu dämpfen. Durch den verfassungswidrigen Erlaß des Herrn Ebert und den Erlaß des Polizeipräsidenten Richter wurde aber geradezu Oel in das Feuer gegossen, und die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf für ihre bedrohten Rechte herausgefordert. Die Erlasse waren das Gegenteil einer weitsichtigen Politik, und wir können uns nur freuen, daß die Arbeiterschaft nach diesem unerhörten Angriff alle kleinlichen Bedenken beiseite stellte und geradezu einmütig ihre Solidarität mit den streikenden Eisenbahnern in dem Augenblick bekundete. Warum werden nicht statt der Streikkassen endlich einmal die

Putschkassen der deutschnationalen Mörderbanden

beschlagnahmt? **Warum schickt Herr Minister Severing seine Schupo nicht einmal nach dem Schloß Petzow am Schwielowsee, wo seit Jahr und Tag eine adlige Raubritterbande ihr Unwesen treibt?** Wenn die Regierung auch gegen derartige Rechtsver-

Es ist nicht wahr, daß die unabhängigen Magistratsmitglieder beim Streik der städtischen Arbeiter nach der Technischen Nothilfe gerufen haben. Die Nothilfe wurde vielmehr von der Regierung eingesetzt, der Oberbürgermeister hat es gebilligt, und der Magistrat hat nachträglich dieser Maßnahme zugestimmt, weil verschiedene städtische Werke vor der Gefahr standen, durch Verweigerung der Notstandsarbeiten großen Schaden zu erleiden. Die Gewerkschaften müssen endlich in Verbindung mit dem Magistrat Vorkehrungen treffen, damit bei Streiks in den öffentlichen Betrieben die dringendsten Notstandsarbeiten von den Arbeitern selbst erledigt werden und die Technische Nothilfe überflüssig gemacht wird. Sonst kann die Technische Nothilfe noch zu einer

großen Gefahr der Arbeiterbewegung

werden. Gegenüber den Kommunisten möchte ich feststellen, daß es endlich an der Zeit ist, einmal mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß nicht jeder Streik unbedingt dem Gesamtinteresse des Proletariats dienlich ist. Im übrigen lehnt es meine Fraktion ganz entschieden ab, sich von den Kommunisten schulmeistern zu lassen. Wir bedürfen des Rates der Kommunisten nicht. Herr Dr. Meyer hat meiner Partei Vorwürfe wegen ihrer Haltung gegenüber dem Kabinett Wirth gemacht. Was wollen denn eigentlich die Kommunisten? Sie haben jahrelang jede sozialistische Regierung als konterrevolutionär bekämpft. Sie haben während des Kapp-Putsches die Bildung einer Arbeiterregierung als Verrat an der Revolution bezeichnet. **Jetzt fordern sie auf einmal die Bildung von Arbeiterregierungen unter Hinzuziehung bürgerlicher Vertreter, und wenn dieser Wandel so weiter geht, werden wir eines Tages, vielleicht schon nach der Konferenz von Genua, erleben, daß Moskau die westeuropäischen Arbeiter auffordert, Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien zu bilden, weil eine linksgerichtete Politik der europäischen Staaten im Interesse des russischen Wiederaufbaus liegt. Schon jetzt hat Radek es als einen großen Fehler bezeichnet, wenn unsere Partei dazu beitragen würde, das Kabinett Wirth zu stürzen.** (Hört, hört.)

Die Arbeiterschaft will aus diesem Wirrwarr endlich heraus. Unter wirtschaftlicher und geistiger Not gleichermaßen leidend, fordern die Arbeiter immer lebhafter die Bildung einer Einheitsfront gegen die kapitalistischen Parteien. Diese Notgemeinschaft muß zustande kommen sie allein wird allen Plänen der Rechtsparteien ein Ziel setzen und die Kräfte frei machen zu jenem großen Entscheidungskampf gegen die kapitalistischen Parteien, der die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und geistiger Not bringen wird. (Beifall b. d. U. S.)

Minister des Innern Severing: Ich habe keinen Gegensatz zwischen den unabhängigen Parlamentsreden und dem Verhalten der Unabhängigen Magistratsmitglieder in Berlin willkürlich konstruiert. Der Unterschied ist da. **Solange die Arbeiter nicht den alten Stand der Vernunft erreicht haben, und den Parolen der Gewerkschaften folgen, können wir die Technische Nothilfe nicht entbehren.** Hätte die Reichsregierung das Ultimatum der Reichsgewerkschaft angenommen, so hätten die Kommunisten im Reichstage wahrscheinlich ihr vorgeworfen, sie hätte sich der Knute einer kleinen Beamtenschicht unterworfen. (Zuruf des Abg. Katz.) Herr Katz. Sie sind offenbar nicht im Bilde. Sie machen mir manchmal den Eindruck, als ob Sie nur eine Art Sprechmaschine sind. (Heiterkeit.)

Abg. Haas Soz.: Zwischen der gestrigen Rede des Abg. Meier und der heutigen des Abg. Rabold war ein sehr großer Unterschied, nicht nur im Ton, sondern auch in der Sache selbst. Rabolds Auffassung von dem Streik kommt dem Urteil Aufhäusers in der „Freiheit" über ihn, das auch unser Urteil ist, sehr nahe.

Abg. Katz (Komm.): Radek hat niemals, wie Rabold hier erzählte, eine Unterredung mit Breitscheid gehabt, in der er sich für das Kabinett Wirth ausgesprochen hätte. Die Dritte Internationale steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß sie an der Erhaltung des kapitalistischen Kabinetts Wirths gar kein Interesse hat.

Abg. Meier (U. Soz.): Zwischen den Ausführungen Rabolds und meiner Rede besteht kein Widerspruch. An der unnötigen Verschärfung des Streiks ist nur die unsinnige Verordnung des Reichspräsidenten schuld. Die Beamten erkennen jetzt, daß die Sondervorrechte, um derentwillen man ihnen das Streikrecht verweigert, nur Fesseln sind, die in einem modernen Staat fallen müssen. Herr Wiedemann darf sich als Vertreter gelber Arbeiterorganisationen nicht wundern, wenn er zu keinen Verhandlungen zugelassen wird. Wir billigen durchaus nicht jeden Streik, zumal wenn er sich gegen die Allgemeinheit richtet. (Zuruf rechts: Im sozialistischen Staat!) **Im sozialistischen Staat gibt es überhaupt keine Beamte im jetzigen Sinne, und da er ein klassenloser Staat sein wird, fällt auch jede Ursache zu streiken fort.**

Damit ist die Debatte erledigt. — Persönlich bemerkt

Abg. Rabold (U. Soz.): Meine Behauptung über die Aeußerungen Radeks beruht auf Tatsachen, für die ich Zeugen habe.

Abg. Katz (Komm.): Aus den authentischen Darlegungen der amtlichen Russischen Delegation geht hervor, daß Rabolds Gewährsmann selbst gelogen hat oder angelogen wurde.

Abg. Rabold (U. Soz.): Mein Gewährsmann ist Breitscheid, der selbst die Unterredung mit Radek gehabt hat.

Nach debatteloser Erledigung einer Reihe von Eingabeberichten vertagt sich das Haus auf Montag, 12 Uhr. Kultusetat. — Schluß 6¼ Uhr.

Deutscher Reichstag

Präsident Rießer eröffnet die Sonnabendsitzung 12 Uhr 15 Min.

Es folgt die Weiterberatung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Abg. Obermeyer (S. P. D.) befürwortet einen Antrag, den der Zentrumsabgeordnete Tremmel zurückgezogen hatte, der besagt: Unternehmungen zu unterstützen, von denen eine Förderung des Wohnungsbaues insbesondere eine Verbilligung der Bauausführung zu erwarten ist.

Abg. Jaud (B. Vp.) bekämpft den Antrag, der nur auf den Sozialismus lossteuere.

Nach kurzen Bemerkungen des Zentrumsabgeordneten Tremmel und des Regierungsvertreters Dr. Ritter wird die Beratung für beendet erklärt. Die Abstimmungen sollen an einem späteren Tage erfolgen.

Abg. Helle (Dem.) interpelliert die Reichsregierung, ob sie bereit sei, mit der österreichischen Regierung schleunigst in Verhandlungen zu treten, um das Paßvisum abzuschaffen. Wichtiger als die Gebührenfrage sei die Beseitigung der Scherereien, die sich bei der Visumbeschaffung auftürmen. Die Kapitalflucht hindere man mit dem Paßvisum nicht.

Reichsminister des Innern Köster: Das Finanzministerium ist der Auffassung, daß der Visumzwang eines der wesentlichsten Mittel war, die Kapitalverschleppung zu verhindern oder Kapitalien der Steuerpflicht zu hinterziehen. Die Reichsregierung sieht sich augenblicklich noch nicht in der Lage, die in der Interpellation geforderte radikale Aufhebung des Paßvisumzwanges in Aussicht zu stellen, sie erkennt aber an, daß die Ausstellung der Pässe, die Gewährung der Passiva, der Steuerbescheinigungen in den Finanzämtern, die Technik der Revision an der Grenze seit langem und stark verbesserungsbedürftig sind. Ueber diese Verbesserungen werde ich in der nächsten Zeit mit dem Finanzminister und den Landesbehörden noch einmal in Verbindung treten.

Abg. Simon-Schwaben (S. P. D): Wir hoffen, daß die uns vom Minister des Innern versprochene Rücksprache mit den Landesbehörden den jetzigen unerträglichen Zustand beseitigen wird. Wir in Bayern empfinden diesen Mißstand um so härter, als zwischen den beiden Ländern ein notwendiger Grenzverkehr besteht.

Abg. Schreiber (Ztr.) erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden.

Abg. Körner (Din.): Für den kommenden Sommer müßten schon Verbesserungen getroffen sein.

Abg. v. Kemnitz (D. Vp.): Wir billigen die Forderung der Interpellanten, verkennen indes nicht, daß die Einwendungen der Reichsregierung bis zu einem Grade ihre Berechtigung haben.

Abg. Breitscheid (U. S. P. D.): Auch wir sind der Meinung, daß die Paßschwierigkeiten zwischen Deutschland und Oesterreich so bald als möglich beseitigt oder mindestens beschränkt werden sollen. Es sind zwei Mauern, die die Völker seit dem Kriege voneinander trennen: die Valuta und der Paßzwang. Unter diesen Hindernissen leiden die mitteleuropäischen Staaten alle, am schlimmsten Deutschland und Deutsch-Oesterreich. Der **Austausch von wirtschaftlichen und Kulturgütern** zwischen diesen beiden national zusammengehörigen Völkern wird durch diese beiden Mauern auf das allerempfindlichste gestört. Wir haben es nicht nötig, noch ganz besonders in diesem Zusammenhange unsere Sympathie für die Bevölkerung Deutsch-Oesterreichs Ausdruck zu geben. Wir haben nicht nötig, besonders hervorzuheben das Bewußtsein der

kulturellen und nationalen Zusammengehörigkeit der beiden Völker.

Es erübrigt sich, ausführlich darauf einzugehen, daß wir der festen Ueberzeugung sind, daß der Krieg, der angeblich im Interesse des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen geführt worden ist, nicht schließlich und endgültig damit ausgehen kann, daß dauernd zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich eine künstliche Mauer gegen den Willen der betreffenden Völker aufgerichtet wird und aufgerichtet bleiben soll. Trotzdem halten wir es nicht für zweckmäßig, in diesem Augenblick eine Debatte über die Anschlußfrage hier zu führen. Wir wären der Meinung gewesen, es würde sich empfohlen haben, der Interpellation einen etwas allgemeineren Charakter zu geben und zu fragen, ob es nicht möglich sei, daß **die deutsche Regierung ihrerseits die Initiative** ergreift, um dem unseligen Zustand der Absperrung zwischen den Staaten ein Ende zu bereiten. Es ist von deutschnationaler Seite gesagt worden, daß **so viele Ostjuden** über die Grenze gekommen seien. Ich könnte aber die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei darauf hinweisen, daß es für uns außerordentlich unerwünscht ist, wenn so und so

viele Vertreter des reaktionären Russentums

trotz aller Paßschwierigkeiten nach Deutschland hereinkommen. Diejenigen, die über das nötige Geld verfügen oder über die genügende List, sind sehr leicht in der Lage, über die Paßschwierigkeiten hinwegzukommen. Die Hindernisse sind in Wirklichkeit nur **Hindernisse für die anständigen Elemente**, die sich an die bestehenden Gesetze halten zu müssen glauben. Die Mörder des Abgeordneten Erzberger sind trotz der Paßschwierigkeiten nach Ungarn gekommen, ohne daß die Paßschwierigkeiten sich von deutscher oder ungarischer Seite bemerkbar gemacht hätten. Bei ihnen hat sich auch die Finanzkontrolle nicht bemerkbar gemacht. Uebrigens,

wer Kapital nach dem Ausland zu verschieben hat,

macht das auf ganz anderem Wege. (Sehr richtig! rechts.) Ich freue mich über ihre heitere Zustimmung. Wir wollen dafür sorgen, und ersuchen die Regierung, alles zu tun, um einer internationalen Regelung vorzuarbeiten, um durch Beseitigung der Paßschwierigkeiten dazu zu zwingen, daß **die Schranken zwischen den Nationen nach Möglichkeit beseitigt werden und daß diejenigen wieder freie Bahn haben**, die von hüben nach drüben und von drüben nach hüben tatsächlich Güter der Kultur bringen. (Lebh. Bravo b. d. U. S.)

Abg. Schwarzer (B. Vp.): Wir in Bayern kennen keinen Unterschied in den Beziehungen mit den Tirolern und Salzburgern. Nach der wirtschaftlichen Seite besteht heute kein Grund dafür, diese scharfe Paßkontrolle noch hochzuhalten. Aber es handelt sich darum, kommunistische Agitatoren, die die Absicht haben, den Staat zu schädigen oder die Gastfreundschaft mißbrauchen, fernzuhalten. (Hu! hu!)

Abg. Koenen (Komm.): Die Briefzensur wird nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen geübt. Unsere Briefe, die wir aus dem Auslande erhalten, sind durchweg alle geöffnet. Man interessiert sich also nicht nur für den realen, sondern auch für den politischen Inhalt dieser Briefe.

Reichsminister des Innern Köster: Dem Abg. Koenen erwidere ich, das Reich hat keine Exekutivbeamten an den Grenzen.

Abg. Koenen (Komm.): Der Minister des Innern hat die Verpflichtung, wenn Uebergriffe von Grenzexekutivbeamten vorliegen, die als Verfassungsbruch gekennzeichnet werden müssen, die Verfassung gegen diese Exekutivbeamten zu schützen.

Abg. Gothein (Dem.), Schlußwort: Der Vertreter der Paßbehörde hat mir im Kapitalfluchtausschuß eine Milderung zugestanden, aber es ist nichts geschehen. Dieses Verfahren bedeutet eine Verschleuderung des deutschen Vermögens, denn die Kapitalflucht kann man dadurch doch nicht hindern.

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 21. Februar 1922, 2 Uhr.

Sowjet-Denunzianten

Seit dem 15. d. M. erscheint das bisherige liberale russische Blatt „Golos Rossii" in Berlin als Organ der russischen sozialrevolutionären Partei. Das hiesige sowjetamtliche Organ „Nowy Mir" begrüßt das Erscheinen dieses Blattes mit folgender Denunziation:

„Wie die deutschen offiziellen Kreise sich zu dieser Tätigkeit (der Sozialrevolutionäre) verhalten, ist nicht bekannt. Jedenfalls werden sie offensichtlich sowohl mit der „französischen" Orientierung (!) der Sozialrevolutionäre zu rechnen haben, wie auch mit der Tatsache, daß die sowjetfeindliche Verschwörerarbeit, die die Sozialrevolutionäre zweifellos (!!) parallel mit ihrer publizistischen Arbeit im „Golos Rossii" beginnen werden, wohl kaum die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland fördern wird (!) Jedenfalls erteilt die deutsche Regierung, nach den uns zugegangenen Nachrichten, die Einreiseerlaubnis für die neue Redaktion des „Golos Rossii" nur äußerst ungern und auch nicht für alle Redaktionsmitglieder, sondern individuell, nach sorgfältiger Auswahl".

Auf diese unverschämte Auslassung des sowjetamtlichen Organs kann man nur mit dem kernigen russischen Spruch antworten: „Wenn du ein Schwein an den Tisch läßt, so streckt es sofort alle Viere auf den Tisch." Der Schlußsatz der Auslassung deckt übrigens die Ursache der immerhin recht merkwürdigen Tatsache auf, daß das Auswärtige Amt bei der Erteilung der Einreiseerlaubnis für die Redaktion des „Golos Rossii" die größten Schwierigkeiten macht.

Was sagt die „Rote Fahne", was sagen die kommunistischen Arbeiter zu den Denunzianten- und Erpressermanieren ihrer russischen Parteifreunde?

Die Reaktion in Polen

Warschau, 16. Februar.

Der Landtag hat gestern die Novelle über den Zehnstundentag im Handelsgewerbe nach stürmischer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 148 gegen 69 Stimmen endgültig angenommen. (Dieser Beschluß bedeutet die Aufhebung des Achtstundentages und den Beginn heftiger sozialer Kämpfe in Polen.)

Der Landtag hat beschlossen, das Ministerium für Kunst und Kultur aufzuheben.

Bodenreform in Litauen

Kowno, 16. Februar.

Die Nationalversammlung nahm gestern das Bodenreformgesetz in dritter Lesung an. Der Grundsatz der Entschädigung wird anerkannt. Ausländischer Besitz wird für die Zeit von drei Jahren durch das Gesetz nicht berührt.

Vor der Anerkennung der Sowjetregierung durch Schweden? Nach der Moskauer „Prawda" wird die Unterzeichnung des russisch-schwedischen Vertrages schon für die nächste Woche erwartet. Die Grundzüge, die beiderseits bereits festgelegt sind, sehen die de jure-Anerkennung der Sowjetregierung durch Schweden vor.

Wichtig für Zigaretten-Raucher!

Durch Nutzbarmachung von in vieljähriger Praxis erworbener Erfahrung vermögen wir in unseren

Salem Aleikum
Salem Gold Zigaretten

ein Fabrikat zu bieten, welches auch den anspruchsvollsten Raucher befriedigt. Die bemerkenswertesten Eigenschaften unserer Erzeugnisse sind milder, reiner Geschmack, würziges Aroma, Bekömmlichkeit.

Preise für Salem Aleikum u. Salem Gold Zigaretten:

Nr.	50	60	80	100	
	50	60	80	100	Pfg. d. Stck.

Cavalier 100, Cabinet 150, Auslese 200 Pfg.

Erhältlich in den besseren Zigarrengeschäften

Kindersöckchen
schwarz, weiß, lederfb. Gr. 1 7,50
jede weitere Gr. 50 Pf. mehr

Kinder-Bekleidungs-Artikel

Kindersöckch. Wollrand
schwarz, leder- u. buntfb. Gr. 1 10 M
Jede weitere Größe 1 M mehr

Preiswerte Angebote

Kinderkleid a. reinwoll. Cheviot, mit Handstickerei u. weit. Faltenrock, Länge 60 cm (jede weit. Gr. 15 M mehr) **295 M**

Mädchenmantel aus meliert. Sommerstoff, lose, weite Gürtelform, Länge 50 cm (jede weitere Größe 15 M mehr) **185 M**

Backfischkleid aus Wollstoff, blau oder grün mit handgestickten Motiven und reicher Stepperei Länge 95 cm (jede weitere Größe 15 M mehr) **425 M**

Backfischmantel aus mod. Sommerstoffen, i. hellen Farben, weite Schlüpferform **395 M**

Knabenanzug aus grau gemustert. Stoff f. ca. 5 Jahre **165 M**
jede weitere Größe 6 M mehr, ab 9 Jahre 12 M mehr

Knabenhosen aus gemustertem Stoff für ca. 2 Jahre **45 M**
jede weitere Größe 3 M mehr, ab 9 Jahre 6 M mehr

Einsegnungs-Anzüge
schwarz und blau Cheviot 475 M · blau Cheviot od. Kammg. 575 M · blau Cheviot gute Qualit. 675 M

Matrosenmützen aus blauem Tuch, mit Schriftband u. Schleife 38 M

Knaben-Stepphüte aus engl. meliert. Stoff aparte Muster .... 54 M

Sportmützen f. Knaben moderne Form und Stoffe ... 13,50 19,50

Knab.-Hosenträger gutes Gummiband 9,50 11,50

Backfisch-Kleid 425 M · Kinder-Kleid 295 M an · Backfisch-Mantel 395 M · Kinder-Mantel 185 M · Knaben-Anzug 165 M an

Mädchen-Hemden mit Stickerei .... für 2 bis 14 Jahre **25,75 bis 58,50**

Mädch.-Beinkleider mit Stickerei .... für 2 bis 14 Jahre **32,50 bis 49 M**

Knaben-Hemden mit Falten ..... für 2 bis 14 Jahre **26,75 bis 74,50**

Hängeschürzen blau-weiß Kretonne, mit Blenden garniert, Länge 40 bis 60 cm **41 M bis 56,75**

Hängeschürzen türk. gemust. Kretonne, Lg. 40 bis 60 cm **47 M bis 62 M**

Halbreform-Schürzen blau-weiß Kreton., gepaspelt, Lg. 55 b. 75 **44,75 bis 55,25**

Halbreform-Schürzen türk. gemustert, mit Paspel, Lg. 55 b. 75 cm **44 M bis 53,50**

Kinder-Taschentücher
weiß gesäumt, mit Buchstaben 3,90 · weiß, Hohlsaum, mit Buchstaben 4 M · weiß Batist, mit bunt. Kante 4,50

Melton-Schnürstiefel farbig, m. weißer Filzsohle Größe 19-22 30 M
Kinder-Stiefel schwarz Leder Gr. 19-20 ohne Fleck 38,50 · Gr. 21-22 mit Fleck 43,50
Schnürstiefel schwarz Leder Größe 27-30 116,50 · Größe 31-35 134,50
Schnürstiefel braun Leder Größe 27-30 155 M · Größe 31-35 178,50

Damen-Schnürschuhe
schwarz Chevreau Goodyear Welt gute Paßformen 295 M

A. WERTHEIM

Rosenthal Niederlage · Leipziger Straße Zwischenstock

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½: Der fahrende Schüler bannt den Teufel
Der gestiefelte Kater
7½ U.: Masse Mensch

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
3 Uhr: Die Wildente
7½ Uhr: Heuchler

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Meistersinger
Schauspielhaus
7½ Uhr: Don Carlos

Dir.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen
3 U.: Bajazzo
Das Abenteuer

Kammerspiele
7½: D. deutsch. Kleinstädt.
7½ U.: Kanzlist Krehler

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
3½ U.: Dantons Tod
7½: Orpheus i. d. Unterwelt

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
3 Uhr: Erdgeist
Täglich 7.30 Uhr:
Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus:
3 U.: Heinrich Heine
Täglich 7.30 Uhr:
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts

Berliner Theater:
3 U.: Letzter Walzer
Täglich 7.30 Uhr:
Einer von unsere Leut'
Carl Clewing, Oscar Sabo, Leonhard Haskel

Rotter-Bühnen
Täglich 8 Uhr:
Trianon-Theater
Olga
Täglich 7½ Uhr:
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung
Kleines Theater
Das Weib auf dem Tiere

Komische Oper
7½, allabendlich 7½,
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Die Ehe im Kreise

Walhalla-Theater
8 Uhr
Die Mondscheindame

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
3½ Uhr: 1001 Nacht
7½ Uhr:
Die Gräfin von Kempinski

Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: Mpl. 16077

Tägl. 7½ U. u. Stg. nachm. 3 U.
Ellis-Sänger
Blüthgen-Konz.
Vvk. 11-1½, u. 4-6

81 Apollotheater 81
Friedrichstraße 218
Letzter Monat
Gr. Variété-Ausstattungsrevue
Rund um die Welt
Sensationell! Elektrisch!

Metropol Variété
Behrenstraße 55.
7½ Uhr
Das lustige Februar-Programm

Circus Busch
Heute Sonntag 3 | 7½
Robinson Crusoe
Sämtliche Circus-Sensationen
Todessprung 3 m Tiefe
Teufelswurfei
Vorvkf. Wertheim u. Circuskasse

Interess.
Scala
Varieté
Sonntag 3.30 gr. halb. Preis. 8 volle Progr.

Musiker
für alle Gelegenheiten stellt die Ortsverwaltung des Deutschen Musiker-Verbandes, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Nord. 988.

7½ **Casino-Theater** 7½
Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Stg. 3½: Die letzte Stunde

Alhambra
Varieté am Moritzplatz
Lachpillenwolf
Das Publikum filmt
15 Sensationen
Eintritt 5-20 Mark

? Was ist Tätoversan ?

Zur Jugendweihe
Glückwunschkarten in vornehmer Ausführung
Buchhandlung **„Freiheit"**
Breite Straße 8-9
und in den „Freiheit"-Speditionen erhältlich

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr: Neueinstudiert:
Einer von unsere Leut'
Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von D. Kalisch und O. F. Berg, in der Bearbeitung von Rudolf Bernauer; Musik von Stolz, Conradi und Zepler.
Carl Clewing, Oscar Sabo, Leonhard Haskel
Melitta Klefer, Hermann Picha,
Charlotte Ander, Gustav Botz, Heinz Stieda
Hugo Bauer, Conrad Callehn, Frieda Lehndorff, Vera Lessing, Otto Schiller, Jrm Schloß, Werner Stein.

Großes Schauspielhaus
An die Abonnenten!
Um sämtl. Abonnenten die Aufführungen von **Orpheus in der Unterwelt** zu ermöglichen, werden folgende Vorstellungen verlegt:

die für den	28. März	vorgesehene Vorstellung auf den	23. Februar
" " "	29. März	" " "	24. Februar
" " "	10. April	" " "	25. Februar
" " "	11. April	" " "	26. Februar
" " "	12. April	" " "	3. März
" " "	13. April	" " "	4. März
" " "	25. April	" " "	5. März

Die am 29. Dezember 1921 ausgefallene Vorstellung wird am 22. Februar nachgeholt / Karten-Umtausch nicht erforderlich.

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-14
Heute, Sonntag, 19. Februar
Bockbier-Fest
in den bayr. Alpen
30 bayr. Mad'l · 6 Kapellen
GROSSER BALL · Einlaß 4 Uhr
Voranzeige:
Dienstag, den 21. Februar
Prämiierung des längsten Haares
3 bare Geldpreise 500, 300, 200 M.

Schauburg
Königgrätzer Straße 121
Des großen Erfolges wegen verlängert!
Shackletons Südpol-Expedition
3 Jahre durch Eis und Schnee
Ein naturgeschichtlicher Meisterfilm
Vorführung dieses Films jeden Nachmittag 4 Uhr mit erläuterndem Vortrag. Jugendliche haben zu dieser Vorstellung Zutritt. Abends läuft der Film im Rahmen des Programms
Außerdem:
Ihr schlechter Ruf.
Schauspiel in 5 Akten.
Bühnenschau:
Victors Hochzeitsnacht.
Burleske in 1 Akt von L. Taufstein mit Sibyl Smolowa, Arthur Bergen, Clara Oberländer vom Deutschen Theater a. G.
Täglich 2 Vorstellungen: 6 und 8½ Uhr. Sonntags ab 4 Uhr Kassenerôff. 3 Uhr

Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland
Dienstag, 21. Febr., abds. 7½ Uhr
Beethovensaal, Köthener Str.
Arthur Holitscher
Elena Polewitzkaja, Wilhelm Dieterle
Das neue Rußland
seine Kulturarbeit und seine Dichtungen
Karten zum Preise von M. 20.— bis M. 5.— bei Bote & Bock, A. Wertheim, den Friedensgesellschaften, Künstlerhilfe, Wilhelmstraße 37/8, Buchhandlung Lodyschnikoff, Markgrafenstraße, Buchhandlung Mocha, Nollendorfstr. 1, Buchhandlung Freiheit, Breite Str., Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr., Rote Fahne, Comité Arbeiterhilfe, Münzstraße 24 und an der Abendkasse erhältlich.

Briefwechsel zwischen Schiller u. Lotte — Schiller und Goethe
152 Seiten stark und gut gebunden je 5.— Mk.
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Ausschneiden
15 Lichtbilder-Vorträge
aus Leben, Leiden und Liebe der Frau
Nur für Damen über 16 Jahre
Minna Kube
Frauenheilkundige
Direktorin des Frauen-Heilinstituts, W. Potsdamer Straße 86

- Montag, 20. Februar 7½: „Neue Philharmonie", Köpenicker Straße 96-97
- Dienstag, 21. Februar 7½: „Habels Brauerei", Bergmannstr. 5-7
- Mittwoch, 22. Februar 7½: „Hohenzollern-Festsäle", Charlottenburg, Berliner Straße 105
- Donnerstag, 23. Februar 7½: „Prachtsäle des Ostens", Frankfurter Allee 46
- Freitag, 24. Februar 7½: „Konzerthaus Linder", Pankow, Breite Str. 34
- Montag, 27. Februar 7½: „Prachtsäle der Hochschulbrauerei" N., Seestr. 12-13
- Dienstag, 28. Februar 7½: „Vergnügungspalast Groß-Berlin" (Kliem), Hasenheide 13-15
- Mittwoch, 1. März 7½: „Prachtsäle des Ostens", Frankfurter Allee 45
- Donnerstag, 2. März 7½: „Brauerei Königstadt", Schönhauser Allee 10-11
- Freitag, 3. März 7½: „Schloßbrauerei Schöneberg", Hauptstr. 122-123
- Montag, 6. März 7½: „Artus Hof" NW, Perleberger Straße 29
- Dienstag, 7. März 7½: „Lichterfelder Festsäle", Lichterfelde, Zehlendorfer Straße 5.
- Mittwoch, 8. März 7½: „Volks Gesellschaftshaus", Tempelhof, Dorfstr. Ecke Berliner Straße
- Donnerstag, 9. März 7½: „Böhmisches Brauhaus", Landsberger Allee 12
- Freitag, 10. März 7½: „Vergnügungspalast Groß-Berlin" (Kliem), Hasenheide 13-15

Frauenleiden
Von den ersten Anfängen bis zu den schwersten Erkrankungen. Die Krankheiten der Frauen in der Ehe. Die Krankheiten d. Wechseljahre: Geschwülste Myome, Blutungen, Krebs, Hysterie, Gemütsleiden.

Die Behandlung ohne Operation
Müssen die Frauen so furchtbar leiden?
Jede Frau ihr eigener Arzt
II. Teil
In 4 Wochen 15 Jahre jünger
Die 30 Schönheiten des Weibes. Die Pflege und Erhaltung wahrer Frauenschönheit
Welches Mädchen gefällt??
III. Teil
Schönheitswettbewerb
Im Anschluß an den Vortrag findet ein „Schönheitswettbewerb" statt: alle Mädchen und Frauen werden zur Beteiligung eingeladen. Die schönsten Haare, der schönste Teint, die schönste Figur werden preisgekrönt
Karten zu M. 4.60, 6.30, 7.10, 8.90 u. Steuer an der Abendkasse. — Anfang 7½ Uhr. Kassenöffnung 1 Stunde v. Beginn.
Erscheint nur einmal

Werbt für unser Blatt!

Wie es bei der Schupo aussieht

Die Kehrseite der Medaille

Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede,
Man muß sie hören alle beide. — In Ewigkeit, Amen!

In unserer Morgenausgabe vom 25. Januar brachten wir einen Bericht über eine Streiffahrt unseres Berichterstatters, der unter Führung von Offizieren einige Schupo-Kasernen besichtigte. Unser Mitarbeiter schilderte damals seine Eindrücke; er berichtete über das, was er sah. Ueber das, was er damals nicht sehen konnte, schreibt er uns heute:

So jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen. Wenn man mit Schupo-Offizieren Kasernen besichtigt, dann kann man nur über das schreiben, was einem die Herren zeigen. Ist man aber vom Bau, dann kann man mehr schreiben. Mein Bericht vom Januar zeigte nur die gleißende Oberfläche des Lebens der Schupo-Beamten in den Kasernen. Aber zu wenig Kasernenluft stieg einem aus ihm in das Riechorgan. Man spürte nicht die Kasernenflöhe, die die Beamten zwacken, ihnen das Leben sauer machen. Es scheint sich nun herauszustellen, daß Schwärme von Kasernenflöhen — richtige, das sind die harmlosen, und viele, viele mit Sporen, Monokles und Offiziersachselstücken, und das sind die gefährlichen — die Schupo-Beamten piesacken und malträtieren.

Nun hat's gebumst! Jetzt hat es sogar sehr gebumst! Und wer war schuld daran? Die Zeitung der „Tag“ und andere Rechtsblätter! In fortlaufenden Artikeln schütteten mutige, höhere Offizier der Schupo im stolzen Dominogewande der Anonymität ihr Herz aus, betätigten sich als Märchenerzähler, schilderten das Gespenst der roten Armee, die nun nicht im Rheinland oder in Burtehude oder auf dem Monde formiert wird, sondern in Berlin. Mordio! Es brennt! Die heiligsten Errungenschaften der Reaktion — siehe Arbeitermord —, die deutsche Kultur — siehe Ausbeutung, Wucher, Schiebung —, sie stehen auf dem Spiel. Der Feind steht vor den Toren! Die neue rote Armee — sie steht schon im Herzen von Berlin. Im harmlosen grünen Kleide präsentiert sie sich: Es ist die Berliner Schupo. Ei weih! Dem Spießer wird es blümerant „vor die Oogen“, neue Milliarden werden zur Sicherheit nach dem Ausland verschoben, der notleidende Landwirt macht die Kartoffel zur Delikatesse und verlangt fürs Pfund 30 Mark.

So leicht machen die Schupo-Beamten jedoch nicht ihren Herren Offizieren das gar zu durchsichtige Spiel. Als Anfang präsentieren sie den Offizieren, die die Schupo als nichts anderes betrachten als die Keimzelle eines neu erstehenden kaiserlichen Militarismus, der die „Scharte auswetzt“ und ihnen einen Etappenposten bringt, eine recht nette Gegenrechnung, die in erschreckender Nacktheit zeigt, wie die Kehrseite der Medaille aussieht.

Kasernenluft

1. Bild. Eine Besichtigung in Kiel klappt nicht. Kommt vor und wird sicher noch öfter vorkommen. Es soll sogar vorgekommen sein, daß kaiserliche Offiziere in der „großen Zeit“ ihren „Kerls“ beim Angriff nicht voranging, sondern warteten, bis der feindliche Graben genommen war. Für solche Heldentaten gab es meist das E. K. I. Also, weil die Besichtigung von Schupo-Beamten nicht ausfiel wie eine Rekrutenbesichtigung, war aus den Beamten auf einmal ein „Misthaufen“ geworden. Und im übrigen würde „ein Sauhaufen besser exerzieren“. Sind wir nicht objektiv, Herr Hauptmann Makeldey?

2. Bild. Felddienstübung! Nicht doch, es heißt jetzt „polizeiliche Uebung“. Was nur möglich, muß aus den Knochen heraus, denn der „innere Feind“ ist gut gedrillt und durchgebildet. Einige Beamte bauen ab. Und der Offizier? „Einen Spaten, einen Spaten! Ein Celly-de-Rheydt-Billett für einen Spaten! Die „schlappen Kerle“ müssen gleich eingebuddelt werden.“ — Denn mit ihnen kann man keinen neuen Krieg gewinnen.

3. Bild. 9. November. Die Frau eines Schupo-Beamten hißt die schwarz-rot-goldene Fahne. Um Himmelswillen! Damit sich der Herr Major nicht ärgert und damit seine schwarz-weiß-roten Augen nicht verletzt werden, verlangt der Hauptmann die Einziehung der Judenfahne. Das geschieht nicht. Der Herr Major kommt, blinzelt mit den Augen. Er guckt einmal, er guckt zweimal, er guckt dreimal: „Aeh, äh, was ist das für ein Fetzen?“ „Die neue Reichsfahne, Herr Major!“ „Hm, ich dachte, es wäre eine Polenfahne!“ Und die Herren Offiziere lachen über den Witz des „farbenblinden“ Herrn Stabsoffiziers — und der Schupo-Beamte sollte, weil er republikanisch gesinnt ist, nach dem Rheinland versetzt werden. Seine Familie sollte in Berlin bleiben! — „Aeh, äh! ihr Herren von Tegel, ist es nicht so?“

4. Bild. Wer das Telephon privat benutzt, muß seinen Obulus entrichten, auch bei der Schupo. Offiziere des angeblich aufgelösten Selbstschutzes benutzen die Diensttelephone. Diese Herren bezahlen aber nicht. Der zuständige Beamte, der dafür verantwortlich ist, daß nach jedem Gespräch das Geld im Kasten klingt, gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die Selbstschützler auch so sehr ihr Geld schützen. Aber bei der Schupo ist nichts unmöglich. Die Selbstschützler werden nicht aufgefordert, die Kosten des Telephonierens zu entrichten, sondern der Beamte wird bestraft: „wegen Verletzung des Telephongeheimnisses“. So geschehen in — Oberschlesien.

5. Bild. Severing hielt den Beamtenvertretern kürzlich einen Vortrag. Offiziere verlangten von den Vertretern der Beamtenschaft, daß sie um Himmelswillen den Beamten nichts über den Vortrag erzählen sollen. Es war zuviel von Republik die Rede, und das trägt nur dazu bei, die Beamten zu verhetzen. Was der Minister sich eigentlich denkt! Er hätte besser daran getan, seinen früheren Genossen Maurenbrecher etwas über das angestammte Herrscherhaus sagen zu lassen, und da hätten sogar die Offiziere die Berichterstattung übernommen. Gerne sogar! — Tableau!

* * *

Wir könnten noch mehr solcher Bilder unseren Lesern mitteilen. Aber sie dürften für heute beweisen, daß das Geschreibsel der reaktionären Presse nichts als öde Stimmungsmacherei gegen die Schupo-Beamten darstellt. Die Offiziere merken, daß ihnen die Felle wegschwimmen, daß die Beamten fast restlos auf der Seite der Republik stehen und sich keinesfalls mehr mißbrauchen lassen wollen wie beim Kapp-Putsch. Die Offiziere wollen willenlose Rekruten, aber keine rückgratfesten Männer, sie wollen Monarchisten, aber keine Republikaner, sie wollen wieder die uneingeschränkte Disziplinargewalt über die Unterbeamtenschaft, sie wollen Kadavergehorsam, Soldaten — aber keine Polizeibeamten.

Wenn Mißstimmung und Erregung unter den Schupo-Beamten herrscht, dann ist sie verständlich und berechtigt. Herr Minister des Innern! Werden Sie hart! Monarchisten können keine Führer der republikanischen Polizei sein! Aber man hält es im Ministerium des Innern für richtig und gut, auch weiterhin den Bock als Gärtner zu bestellen — bei höchster Löhnung!

Tyllus.

Am Montag, den 20. Februar, abends 7 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Funktionär-Konferenz

Tagesordnung:

Die politische Lage und die USPD.

Referent: Genosse Wilhelm Dittmann

Diskussion

Zutritt haben alle Berliner Abgeordneten, die Mitglieder des Zentralvorstandes und die mit einer lila Funktionärkarte versehenen Funktionäre der USPD.

Bezirksleitung der USPD.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Oeffentliche Volksversammlungen

Am Dienstag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr.

Spandau, Germaniasäle, Stresowplatz. Referent: Dr. Kurt Rosenfeld.

Pankow, Schulaula, Kaiser-Friedrich-Straße. Referent: Landtagsabgeordneter Ulmer.

In der nächsten Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung soll der Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses vom 3. d. M. über die nun abzuschließenden Manteltarifverträge für die städtischen Arbeiter und nichtständigen Angestellten beraten werden. Die Tagesordnung weist wieder einmal 82 Punkte auf. — Die **Fraktionssitzung** unserer Partei, an der unbedingt jeder Stadtverordnete teilnehmen muß, findet **Dienstag, nachm. 4 Uhr**, im Zimmer 109 statt.

Gegenseitige Hilfe!

Alltägliche Erlebnisse

An die Mauer einer Mietskaserne gelehnt, steht eine blaßgesichtige Proletarierin. Tief liegen die Augen in den Höhlen, die Linke drückt krampfhaft auf die Herzgegend. Ohnmachtsanfall! Die junge Arbeiterin bricht zusammen. Hilfsbereite Menschen springen hinzu und wollen die Ohnmächtige in eine Arbeiterkneipe tragen. Der Wirt nimmt sicher sehr gern Arbeitergroschen, aber eine ohnmächtige Proletarierin macht ja keine Zeche, sondern schließlich gar Scherereien. „Wat soll die Frau hier? Det jeht nicht! Et sin doch Jäste da! Tragen Se de Frau doch zum Doktor, der wohnt in der . . . straße 12.“ — Und die Arbeiter, die in der Kneipe waren, hörten sich dieses mit an, griffen wieder nach dem Trudelbecher, und die Würfel rollten weiter, denn es ging doch um eine Lage Kognak . . .

*

Auf der Straßenbahn. Die Fahrgäste schieben sich, bearbeiten einander mit den Ellenbogen. Jeder will der Erste sein. Wenn auch alle mitkommen, das ist gleichgültig, die Ellenbogen, die Rücksichtslosigkeit, sie müssen doch zu ihrem Recht kommen. Sonst geht es überhaupt nicht mehr. An der Türe staut sich alles, denn die im Wagen stehen, haben es nicht notwendig, weiter vor zu gehen. Der Schaffner kann rufen, solange er will. Junge Mädels erzählen sich ihre Geheimnisse, so laut, daß sie jeder hören kann. Eine junge Frau steht mit einem Säugling im Arm. Weil das Jungvolk nichts sieht oder sehen will, räumt eine ältere Frau (nicht Dame) ihren Platz der jungen Mutter. Dann wird der Platz neben der jungen Mutter frei. Platz nimmt nicht die alte Arbeiterfrau, sondern der junge Begleiter der Mutter mit dem Säugling. Die alte Frau kann ruhig stehen, der junge Vater muß doch seine „Morgenpost“ lesen . . .

*

Bei Wertheim ist eine große, mit Messing beschlagene, schwere Klapptür. Niemandem fällt es ein, seinem Hintermann die Klinke in die Hand zu drücken. Mag er selber sehen, daß ihm die schwere Türe nicht den Schädel einschlägt. Niemand hält sie — — doch! Ein junger Mann, mit bloßem Kopfe, dunklem Hemd und offener Brust. Wohl Mitglied einer Jugendorganisation oder Wanderer. Er hält die Türe, und der Menschenstrom rauscht an ihm vorüber. Niemand tut es ihm nach. Und wenn der junge Mensch die Türe nicht genau so rücksichtslos an einen Warenhausbesucher prallen ließ wie seine Vorgänger — dann steht er heute noch da . . .

Eine mysteriöse Geschichte

Kommunisten oder Deutschnationale?

Der etwas dunkle und überaus dreiste Aktenraub bei dem früheren russischen Oberst v. Freyberg, der s. Z. großes Aufsehen erregte, wird nun in nächster Woche das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigen. Der Oberst v. Freyberg soll ein politischer Vertreter des Generalleutnants Semanoff sein, der im fernen Osten die Bolschewisten bekämpft, und reiches Material über die Organisationen des Bolschewismus in aller Welt gesammelt haben. Am 23. Juli v. J., abends, als Oberst v. Freyberg von Hause abwesend und nur seine Ehefrau und der bei ihm wohnende Kapitän Bulnipin in der in Charlottenburg, Gervinusstr. 19, belegenen Wohnung anwesend waren, erschienen bei diesen fünf Männer, die sich unter Vorweisung gefälschter Ausweispapiere als Kriminalbeamte ausgaben und die beiden unter Vorhaltung von Pistolen zwangen, zu dulden, daß sie eine sogenannte amtliche „Durchsuchung“ vornahmen. Der Fernsprecher wurde durchschnitten, die Eindringlinge stöberten nach Akten und Papieren und packten diese nebst anderen Sachen, darunter ein Aktienlos im Werte von 20 000 Rubel, in zwei Lederkoffer des Bulnipin. In zwei Kraftwagen entflohen dann die Eindringlinge.

Als Täter werden sich nun der Privatlehrer Otto Braun, der Metallarbeiter Richard Eichler, der Dreher Gustav Borman, der Arbeiter Bullian und der Gastwirt Franz Thielert wegen schweren Raubes und Urkundenfälschung zu verantworten haben. Thielert hatte sich in der Wohnung der Frau v. Freyberg als Polizeikommissar Lamm ausgegeben, einen gefälschten Ausweis des Staatskommissars Dr. Weismann vorgezeigt und mit diesem Namen eine Quittung über die mitgenommenen „beschlagnahmten“ Papiere ausgestellt. Der Urheber des ganzen Anschlages soll Braun gewesen sein, der, wie behauptet wird, für die Kommunistische Partei Deutschlands tätig ist. Braun ist nun mit der Behauptung hervorgetreten, daß er mit den Rechtsparteien sympathisiere und nur zum Schein mit den Kommunisten in Verbindung getreten sei, um zuverlässige Nachrichten zu erhalten. Zu dem Aktenraube sei er von einer Persönlichkeit einer Rechtspartei, die er aber nicht nennen will, bestimmt worden, da es darauf abgesehen gewesen sei, auf diesem Wege in die internationalen Beziehungen des Obersten v. Freyberg Einblick zu gewinnen. Von den Verteidigern Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Weinberg, Liebknecht und Dr. Großmann sollen Beweisanträge zur weiteren Prüfung dieser Angaben gestellt werden.

Frühjahrs-Neuheiten

Kleiderstoffe

Bedruckt. Satin in neuzeitigen Mustern ..... Mtr. 34.50
Tennisstoffe für Blusen, gestr., auf meliert. Grund Mtr. 36.-
Popelin m. kunstseid. Streifen für Blusen und Kleider Mtr. 48.-
Rockstoffe besonders kräftige Qualität, 140 cm br. Mtr. 95.-
Gabardin Reinwolle, marine u. schw. 130 cm Mtr. 198.-

Seide und Samt

Kunstseide bastfarbig, gestreift, 80 cm breit .. Mtr. 87.-
Seidenfoulard in neuen Farben u. Must., 90 cm Mtr. 198.-
Taft changeant von der Mode bevorzugt, 85 cm Mtr. 228.-
Chinakrepp schwz. u. farb. etwa 100 cm Mtr. 228.-
Seiden-Kaschmir Mtr. 275.-
Lindener Köper-Samt 178.-

Besuchstasche aus braunem Leder, krokodilnarbig, mit Spiegel .. 76.-

Damen-Kleidung

Jumper aus reinwoll. Stoff mit langen Ärmeln 240.-
Jumper aus Kunstseide in verschiedenen Farben 335.-
Kleid aus vorzügl. wollen. Stoff, mit farbig. Stickerei 495.-
Kleid aus vorzügl. Velours de laine m. reicher Sticker. 695.-
Kleid aus marineblauem reinwollenen Cheviot, mit schwarzer Tresse 1025.-

Wirkwaren

Jumper für junge Damen Reinwolle, gestrickt 295.-
Damen-Überjacke farb., Reinw. m. Häkelbord. 335.-
Damen-Strickjacke Reinwolle, Größe 44, 46 450.-
Damen-Strümpfe Seidenflor, schwarz 34.50
Herren-Socken Reinwolle, feingestrickt 27.50

Korsett aus weißem festen Stoff mit Langetten, halbhohe Form 45.-

Herren-Kleidung

Frühjahrs-Anzug aus hellem Homespun 1425.-
Frühjahrs-Anzug aus gestreiftem Stoff .. 1600.-
Blauer Sakko-Anzug einreihige Form 1475.-
Frühjahrs-Ulster Schlüpferform, moderne Noppenstoffe 1450.-
Gummi-Mäntel in verschiedenen Formen ... 590.-

Gardinen

Halbvorhang a. Erbetüll mit handgestopften Filet-Ornament u. Klöppel-Eins. 380.-
Halbvorhang aus kariert. Etamin mit handgestopft. Frieze u. Klöppel-Einsätz. 595.-
Gewebte Tüll-Garnitur 2 Flügel, 1 Querbehang 165.-
Etamin-Garnitur 2 Flügel 1 Querbeh. 265.-
Tüll-Bettdecke gewebt für 2 Betten 280.-

Tüll-Spitzen f. Blusen u. Kleider

Br.	35	45	70	90 cm
Mtr.	28.-	42.-	59.-	79.-

Jackenkleid aus englisch gemustert. Stoff, Jacke auf halbseidenem Serge 1475.-

GEGRÜNDET 1815 ✦ BERLIN O ✦ KÖNIGSTRASSE ✦ SPANDAUER STRASSE

Der Tod des Inders Singh

Der zusammenfassende Bericht über den Prozeß Singh sei im folgenden nachgetragen. Er hat, wenn auch unberechtigt, zuviel Sensation erregt, um ihn unregistriert zu lassen. Der Papiermangel hinderte, es früher zu tun.

Das Urteil haben wir bereits veröffentlicht: **Frau Singh** ist der Anstiftung schuldig befunden und — da ihr mildernde Umstände nicht zuerkannt waren — zu 7 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Ihr Liebhaber Max **Arnold** hat 4 Jahre Gefängnis erhalten für Totschlag unter Zurechnung mildernder Umstände. Der Angeklagte **Kerwin** ist freigesprochen. Gegen das Urteil hat der Verteidiger der Frau Singh **Revision** eingelegt.

Die Anklageschrift behauptete, daß Arnold und sein Freund Kerwin, durch die Frau des getöteten Inders Singh angestiftet, einen vorher in allen Einzelheiten überlegten **Mord** begangen hätten. Frau Singh, die mit ihrem Mann in ehelichem Zerwürfnis lebte, hätte den Entschluß gefaßt, sich von ihm zu befreien, um dem Arnold ungeteilt gehören zu können. Arnold, vollkommen im Bann der Frau Singh, ward zu deren willigem Werkzeug. Der Inder Singh sollte nachts durch den von außen her eingedrungenen Arnold mittels Aether betäubt und so erschlagen werden. Der Plan gelang.

Dieser Schilderung der Tat durch die Anklageschrift trat der Angeklagte Arnold energisch entgegen. Er habe **nie beabsichtigt, den Singh zu töten**. Durch Frau Singh habe er erfahren, daß ihr Mann sich **politisch gegen die englische Regierung** betätige, und daß die letztere viel darum geben würde, **ihn aus Deutschland ausgewiesen** zu sehen. Dazu wäre nur nötig, von ihm **Papiere zu stehlen** und sie der deutschen Behörde zu übermitteln. Es soll nun verabredet worden sein, daß er zu diesem Zweck nachts in die Wohnung eindringe, nachdem Frau Singh des abends vorher ihren Mann durch Morphium in einen tiefen Schlaf gebracht hätte. Sie selbst sollte durch Arnold mit Aether betäubt werden, um so jeden Verdacht von ihr abzulenken. Der Angeklagte Kerwin soll nur gewußt haben, daß es sich um irgendwelche Papiere handelt. Der Versuch, in der verabredeten Nacht in die Wohnung einzusteigen, mißlang. In der darauf folgenden glückte er jedoch. Vorher hätte Arnold am Tage noch einen aufmunternden Brief von der Frau Singh erhalten. Nun behauptet Arnold, daß der Inder Singh höchstwahrscheinlich durch das Geräusch eines von ihm zufällig verschobenen Stuhles aufgewacht sei. In demselben Augenblick, als sich Arnold ihm genähert hatte, um ihn durch Aether zu betäuben (hierin, wie auch darin, daß Frau Singh nicht in dem Zimmer schlief und deshalb nicht mitbetäubt werden konnte, liegt ein Widerspruch mit den anderen Aussagen Arnolds) packte ihn der Inder am Halse. Außer sich vor Schreck hätte er auf den Inder blindlings losgeschlagen. Von diesem Momente an versagte ihm die Erinnerung. Weshalb er die Sachen Singhs auseinandergeworfen, die Papiere unberührt gelassen und eine Uhr zu sich gesteckt habe, könne er nicht sagen. Frau Singh dagegen bestritt aufs entschiedenste jede Anteilnahme am Plan.

Bemerkenswert ist, daß sie es war, die im Polizeigewahrsam die erste Spur auf Arnold gelenkt hatte. Auch hat sie damals verschiedenes zugegeben, was sie im Prozeß bestritt. Ebenso hatte der Angeklagte Arnold der Kriminalpolizei gegenüber noch verschiedene Einzelheiten seiner Tat angeben können, die ihm nun gänzlich entschwunden schienen. Allerdings behauptete Frau Singh, daß sie ihre Aussagen nur unter dem Zwange der Talsache gemacht habe, daß auch ihre alten Eltern verhaftet waren, und Arnold, daß er auch damals sich auf vollständige Erinnerungslosigkeit berufen habe und nur auf Drängen der Kriminalpolizei die Wahrscheinlichkeit des ihm von ihr Vorgehaltenen zugegeben hatte.

Als unter allen Umständen festgestellt muß folgendes erachtet werden: Frau Singh lebte äußerst unglücklich mit ihrem Manne. Sie paßten sehr schlecht zueinander, waren beide sehr reizbar, jähzornig und auffahrend. Sie sparte ihm gegenüber nicht mit den schlimmsten **Schimpfworten**, er schrak auch nicht vor **Tätlichkeiten** zurück. So **geizig** er war, so **naschhaft** war sie. Seine grenzenlose **Eifersucht** hatte ihren guten Grund in der zugegebenen **Untreue** seiner Frau. Aufreizende Unterhaltungen mit Arnold, der nicht gut auf Singh zu sprechen war, weil letzterer sehr beleidigend ihm gegenüber sich benahm, wurden seitens der Frau Singh geführt. So hatte Arnold die Möglichkeit, unter Umständen seine Schlüsse daraus zu ziehen. Gerade drei Tage vor der Tat hatte Frau Singh auch den regelmäßigen Geschlechtsverkehr mit Arnold wieder aufgenommen.

Der ganze Prozeß stand unter dem Zeichen des allseitigen Kampfes der Parteien untereinander. Der Angeklagte Arnold schob die ganze Schuld am Plane der Frau Singh zu, zu der er in sexueller Hörigkeit gestanden zu haben vorgab. Jene wollte von dem Ganzen keine Ahnung haben und bestritt sogar ein besonders stürmisches Gefühl seitens des Arnold. So belasteten sie einander gegenseitig und zogen durch die Verteidiger immer neues Beweismaterial vor die Schranken des Gerichtshofs.

In schroffem Gegensatz zueinander standen auch die **ärztlichen Sachverständigen**. Gegen den Spezialarzt für Psychiatrie Professor Forster spielte der Staatsanwalt die Gerichtsärzte und den Gefangenenarzt auf, die wohl auf verschiedenen Gebieten beschlagen sein mögen, doch nicht gegen einen anerkannten Psychiater aufgeboten werden sollten. Dr. **Forster** äußerte sich dahin, daß der Angeklagte Arnold, der, wie es notorisch feststand, an epileptischen Anfällen und auch an sogenannten epileptischen Aequivalentzuständen mit Bewußtseinsstörungen litt, seine Tat möglicherweise in solch einem Zustand vollbracht haben könnte. Er forderte die Uebermeisung des Angeklagten zur Beobachtung in eine psychiatrische Anstalt. Dagegen lehnten sich die übrigen Sachverständigen auf, denen das Gericht auch recht gab.

Die **Geschworenen** beteiligten sich äußerst lebhaft an der Gerichtsverhandlung. Sie versuchten, sich über die unendlichen Widersprüche Klarheit zu schaffen und in das Geheimnis, das über der ganzen Tat liegt, einzudringen. Die **Möglichkeit** eines Mordplans schien nicht ausgeschlossen. So kamen die Geschworenen zu ihrem Schuldig. Ob sie wirklich das Richtige getroffen haben, läßt sich schwer sagen.

Berliner Bühnen-Spielplan

Vom 19. Februar bis 27. Februar

Wechselnder Spielplan

Volksbühne: 19., 24. Masse Mensch. 20., 25. König Lear. 21., 23., 26. Ueber die Kraft I. 22., 27. Der fahrende Schüler bannt den Teufel. Der gestiefelte Kater. — **Neues Volks-Theater:** 19., 22., 23., 24. Heuchler. 20., 21. Die Gezierten. Der zerbrochene Krug. 25., 26., 27. Die Fälscher. — **Staatl. Schauspielhaus:** 21., 26. Don Carlos. 22., 24. Peer Gynt. 23., 25., 27. Lumpazivagabundus. — **Staatsoper:** 19. Meistersinger. 20. Rigoletto. 21. Die Vögel. 22. Sinfonie-Konzert. 23. Carmen. 24. Cavall. Rusticana. Bajazzi. 25. Zauberflöte. 26. Margarethe. 27. Barb. v. Bagdad. — **Deutsches Theater:** 19., 24. Bajazzo. Das Abenteuer. 20., 22., 23., 25., 26. Die Wölfe. 21., 27. Tartüff. Ein Heiratsantrag. — **Kammerspiele:** 19., 22., 27. Kanzlist Krehler. 20., 21., 23., 25. Anatol. 24., 26. Die Erziehung durch Kolibri. — **Die Tribüne:** 21. Der Wettlauf mit dem Schatten. Sonst: Die fremde Frau. — **Deutsches Opernhaus:** 19. Hoffmanns Erzählungen. 20. Boheme. 21., 27. Das Hofkonzert. 22. Meistersinger. 23. Robert und Bertram. 24. Tannhäuser. 25. Margarete. 26. Freischütz. — **Kleines Schauspielhaus:** Bis 21. Reigen. Ab 22. Der keusche Lebemann. — **Neues Theater am Zoo:** Bis 23. Schattensymphonie. 24., 25., 26. Scampolo. — **Schiller-Theater:** 19. Alt-Heidelberg. 20., 22. Der Snob. 21., 23., 24., 26., 27. Im weißen Rößl. 25. Die Schmetterlingsschlacht. — **Friedrich-Wilhelmstädt. Theater:** 19., 22., 23., 24., 26. Das Dreimäderlhaus. 20. Troubadour. 21. Rigoletto. 25. Zarzuela. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 19., 20., 21., 23., 26., 27. Der Hahn. Der Geizige. 22. Jugend. 24. Des Meeres und der Liebe Wellen. 25. Extemporale. — **Admiralspalast:** 20., 23., 27. Die roten Schuhe. 25. Redoute. Sonst: Futuristischer Karneval. — **Lessing-Theater:** 19. bis 22., 27. Flamme. 23. bis 26. Faust. — **Deutsches Künstler-Theater:** 19. Drei Schwestern. 20. bis 23. Die rote Robe. 24. bis 27. Der geizige Verschwender. — **Treptower Sternwarte:** 19., 25. Kampf mit dem Berge. 21. Wunder des Schneeschuhs. 22. Vom Urwald zur Wüste. — **Urania:** 19., 21., 25. Wunder des Schneeschuhs. 20. Die deutsche Südsee. 23., 26. Kampf mit dem Berge. 24. Kultur und Natur der Mark Brandenburg.

Allabendlich

Großes Schauspielhaus: Orpheus in der Unterwelt. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler. — **Komödienhaus:** Karussell. — **Berliner Theater:** Einer von unsre Leut'. — **Residenz-Theater:** Eine Frau ohne Bedeutung. — **Kleines Theater:** Das Weib auf dem Tiere. — **Trianon-Theater:** Elga. — **Theater am Kurfürstendamm:** Der große Bariton. — **Lustspielhaus:** Der Werwolf. — **Intimes Theater:** Die badende Nymphe. — **Metropol-Theater:** Die Bajadere. — **Theater des Westens:** Der Tanz ins Glück. — **Theater am Nollendorfplatz:** Die Ehe im Kreise. — **Komische Oper:** Der Herr der Welt. — **Neues Operetten-Theater:** Königin der Nacht. — **Wallner-Theater:** Die Spitzenkönigin. — **Thalia-Theater:** Die Herren von und zu. — **Zentral-Theater:** Das Detektivmädel. — **Walhalla-Theater:** Die Mondscheindame. — **Theater des Ostens:** Die Gräfin von Kempinski. — **Casino-Theater:** Familie Gänseklein.

Vor- und nachmittags

Volksbühne: 19. Der fahrende Schüler bannt den Teufel. Der gestiefelte Kater. 26. Masse Mensch. — **Neues Volks-Theater:** 19., 26., vm., Das letzte Gericht. 19., nm., Die Gezierten. Der zerbrochene Krug. 26. Heuchler. — **Deutsches Opernhaus:** 19. Postillon von Lonjumeau. 26. Die Schwäbin von Saragossa. 26. Zar und Zimmermann. — **Neues Theater am Zoo:** 26. Iphigenie. 26. Falsch verbunden. — **Schiller-Theater:** 19., 26. Don Carlos. — **Friedrich-Wilhelmstädt. Theater:** 19. Troubadour. 26. Traviata. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 19. Des Meeres und der Liebe Wellen. 26. Medea. — **Deutsches Theater:** 19. Prinz Louis Ferdinand. — **Kammerspiele:** 19. Die deutschen Kleinstädter. 26. Die Büchse der Pandora. — **Großes Schauspielhaus:** 19., 26. Dantons Tod. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 19., 26. Erdgeist. — **Komödienhaus:** 19. Heinrich Heine. 26. Die Fahrt ins Blaue. — **Berliner Theater:** 19., 26. Der letzte Walzer. — **Residenz-Theater:** 26. Tochen Humbrecht. — **Kleines Theater:** 26. Der Dieb. — **Trianon-Theater:** 26. Mein Freund Teddy. — **Tribüne:** 26. Totentanz. — **Theater am Kurfürstendamm:** 26. Der Schwan. — **Lustspielhaus:** 26. Nachtasyl. — **Intimes Theater:** 26. Die Spelunke. — **Theater des Westens:** 19. Lohengrin. 26. Der ersten Liebe goldne Zeit. — **Theater am Nollendorfplatz:** 19., 26. Der Vetter aus Dingsda. 22., 25., 26. Der Kaufmann von Venedig. — **Wallner-Theater:** 26. Nitschen. — **Walhalla-Theater:** 26. Die Scheidungsreise.

Berliner Selbstschutz

Verboten, aufgelöst, trotzdem Schießübungen

Nur ganz naive Gemüter haben geglaubt, daß die Selbstschutzorganisationen sich den Verboten fügen werden und sich auflösen. Die Leiter dieser militärischen Verbände denken gar nicht daran, auf ihren Stoßtrupp zur Niederknüppelung der Arbeiterschaft zu verzichten. Sie haben ihre konterrevolutionären Pläne nicht aufgegeben, sondern verfolgen diese mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre. Sie glauben auch noch immer, daß ihnen ein Anschlag auf die noch wenigen bestehenden Errungenschaften der Revolution gelingen kann. Sie hoffen, den dabei entstehenden Widerstand der gesamten Arbeiterschaft in einem Blutbad ertränken zu können. An der Vorbereitung eines solchen Aderlasses an die Arbeiterschaft wird nach wie vor gearbeitet. Ohne Rücksicht auf Verbote und Strafandrohungen, denn sie wissen, daß ihnen bei einer etwaigen Verfolgung durch die Behörde nicht viel passieren wird. Ueberall sitzen ja noch ihre reaktionären Freunde in den Aemtern. Vor der Justiz haben sie nun gar keine Angst. Die angedrohten Geldstrafen sind so niedrig, daß diese leicht bezahlt werden können, andere Strafe wird kaum verhängt werden, denn preußische Richter wissen „patriotische" Taten entsprechend ihrer Anschauung zu würdigen. Sollte es aber wirklich einmal zu einer härteren Bestrafung kommen, so gibts ja immer noch einen Ausweg aus diesem undankbaren Vaterlande. Vogel, Voll, Dithmar und andere haben diesen auch gefunden. Leute von **dem Geist** können alles wagen.

So überrascht es uns auch gar nicht weiter, wenn jetzt ganz offen Rundschreiben versandt werden, durch das einzelne Ortsgruppen des Berliner Selbstschutzes ihre verschiedenen Veranstaltungen bekanntgeben. Wenn die Behörde nicht gar so gutgläubig wäre, so würden die vielerorts veranstalteten Schießübungen sie vielleicht doch einmal veranlassen, zu prüfen, wer die Veranstalter sind. Wenn sie einmal feststellen wollten, wer z. B. für Sonntag, den 19. Februar, im Neuköllner Schützenhaus, bei Höhne, Schießübungen veranstaltet, würden sie sehen, daß der verbotene Selbstschutz ein lustiges Leben führt. Aber die Behörden haben zuviel mit den Arbeitern zu tun, und daher für den Selbstschutz keine Zeit.

Bereitstellung von 500 000 M. zur Unterbringung von Hilfsbedürftigen, insbesondere Kindern in Heil- und Erholungsstätten. Für das Rechnungsjahr 1921 waren im Haushaltsplan für die Unterbringung von Hilfsbedürftigen in Heil- und Erholungsstätten 2 000 000 M. vorhanden. Da die Privatanstalten bei der ständig steigenden Teuerung ihre Pflegesätze erhöhen mußten und die Zahl der Anträge auf Versendung in Heilstätten sich gegenüber dem Vorjahre bedeutend erhöht hat, sind die zur Verfügung stehenden Mittel vollständig erschöpft, so daß weitere Kuren nicht mehr bewilligt werden können. Dieser Zustand erscheint bei der jetzigen Gesundheitslage der Bevölkerung unhaltbar. Der Magistrat beabsichtigt daher, für die Entsendung von Hilfsbedürftigen, insbesondere Kindern, in Heil- und Erholungsstätten, für das Rechnungsjahr 1921 weitere 500 000 M. bereitzustellen und hat der Stadtverordnetenversammlung eine dementsprechende Vorlage zur Beschlußfassung unterbreitet.

Arbeiterbildungsschule. Der Gemischte Chor „Groß-Berlin", der sich wiederholt bei unseren Feierstunden und Jugendweihen betätigte, hat am Dienstag 21. Februar im Saalbau Friedrichshain ein Konzert, bei dem auch das Blüthner-Orchester mitwirkt. Eintrittskarten zu 5,50 M., für Jugendliche zu 3 M., sind in unserem Bureau, Breite Str. 8-9, zu haben.

Lebensmittel. In der Woche vom 20. bis 26. Februar 1922 darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Stichwort „Norden" tragen. — In der Woche vom 20. bis 26. Februar gibt das Ernährungsamt Berlin Brot als Kartoffelersatz, und zwar in der Menge von 1½ Pfund aus. Die Abgabe erfolgt auf die untere Hälfte des mit einer großen Zahl bezeichneten Abschnittes 21 der Lebensmittelkarte.

Die Berliner Straßenbahn erstattet für die Zeit der Stillegung des Betriebes vom 5. bis einschließlich 11. d. M. den Inhabern von Monatskarten ein Viertel des Monatskartenpreises für Februar bei Rückgabe der Februarmarke in der Zeit vom 23. Februar bis 8. April in der Hauptausgabestelle, W. 9, Leipziger Platz 14, oder auf den Betriebsbahnhöfen. Es werden erstattet auf eine Marke zu 170 M. = 42 M., zu 220 M. = 55 M., zu 280 M. = 70 M., zu 440 M. = 110 M., zu 100 M. = 25 M., zu 130 M. = 32 M. Auf Wunsch Uebermeisung des Erstattungsbetrages durch die Post auf Kosten des Empfängers. Auf Schülermonatskarten, deren Preis an und für sich außerordentlich niedrig bemessen ist, wird keine Fahrgelderstattung gewährt.

Ist der Sozialismus eine Religion? Ueber dieses Thema spricht am Dienstag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr, in der Aula der Kaiser Friedrichschule, Charlottenburg, Knesebeckstr. 24 (am Savignyplatz) in einer öffentlichen Versammlung der dieses Referats wegen von seinen Kollegen bekanntlich schon viel angefeindete Sozialist Pfarrer **Bleier**. Für die sich anschließende Diskussion ladet die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden besonders die Amtsbrüder des Referenten ein.

Jugendbewegung

Zentrale. Am 25. und 26. Februar findet in Brandenburg der **Jugendtag des Kreises Havelland** statt. Genossen und Genossinnen, die daran teilnehmen wollen, müssen sich spätestens bis Mittwoch in der Zentrale melden. Am Donnerstag nehmen die Gruppen Material entgegen.

Gruppenveranstaltungen

Prenzlauer Berg. Schule Schivelbeinerstr. 6, abends 7 Uhr. Dienstag, 21. Februar, Unterhaltungsabend. Freitag, 24. Februar, Vortrag. **Rosenthaler Vorstadt.** Schule Ruppiner Str. 46. Sonntag, 19. Februar, Treffahrt nach Bernau, Hellsee. Dienstag, 21. Februar, Vortrag. Freitag, 24. Februar, Turn- und Spielabend. **Norden.** Schule Christburger Str. 14 (Konferenzzimmer). Mittwoch, 22. Februar, Leseabend. Freitag, 24. Februar, Vortrag. Sonntag, 19. Februar, Treffahrt nach Bernau, Hellsee. Abfahrt 8 Uhr, Bahnhof Weißensee. **Zentrum.** Jugendheim Klosterstr. 66, 7 Uhr. Dienstag, 21. Februar, Vortrag. Freitag, 24. Februar, Spielabend. Sonnabend, 25. Februar, Besuch des Elternabends der Gruppe Rosenthaler Vorstadt. Treffpunkt 7 Uhr, Berolina. **Lichtenberg.** Jugendheim Dossestr. 22. Montag, 20. Februar, Vortrag. Mittwoch, 22. Februar, Musikabend. Freitag, 24. Februar, Unterhaltungsabend. **Osten.** Montags Schule Bromberger Str. 14. Freitags Jugendheim Frankfurter Str. 16. Montag, 20. Februar, 2. Brettspielabend. Freitag, 24. Februar, Vortrag. **Stralau.** Schule Gabelsstraße. Montag, 20. Februar, Kursus. Mittwoch, 22. Februar, Diskussionsabend. Freitag, 24. Februar, Unterhaltungsabend. **Reinickendorf-Ost.** Jugendhalle Seebad. Mittwoch, 22. Februar, Musikabend. Sonnabend, 25. Februar, Leseabend (Arbeit und Liebe). Sonntag, 26. Februar, Unterhaltungsabend. **Reinickendorf-West.** Jugendheim Scharnweberstr. 114-115. Freitag, 24. Februar, Vortrag: Michael und Nikolin. **Wedding.** Dienstags und Freitags Schule Müller-, Ecke Triftstraße, Zimmer 7. Donnerstag Stadtbad Gerichtstraße. Dienstag, 21. Februar, Vortrag. Donnerstag, 23. Februar, 2. Brettspielabend. Freitag, 24. Februar, Unterhaltungsabend. **Moabit.** Schule Wilhelmshavener Str. 2. Dienstag, 21. Februar, Uebungsabend für die Schulentlassungsfeier. Freitag, 24. Februar, Vortrag: Schiller. **Wilmersdorf.** Mädchen-Mittelschule, Berliner Straße 127. Freitag, 24. Februar, Mitgliederversammlung. Sonntag, 19. Februar, Wanderung nach Strausberg, Annathal. Treffpunkt 7 Uhr, Bahnhof Schmargendorf. **Charlottenburg.** Bismarckstr. 49, v. 1 Tr. Sonntag, 19. Februar, Besichtigung des Verkehrs- und Baumuseums. Treffpunkt 9½ Uhr, Savignyplatz (Kiosk). Dienstag, 21. Februar, Vortrag. Freitag, 24. Februar, Reigenabend (Instrumente mitbringen). **Westen.** Baugewerkschule, Kurfürstenstraße 141. Montag, 20. Februar, Vortrag: Entwicklungsgeschichte der Menschheit, 2. Abend. Freitag, 24. Februar, Mitgliederversammlung. Sonnabend, 25. Februar, Schulaula, Culmstr. 15, Bunter Abend (Musik, Gesang, Rezitationen, Reigentänze). Eintritt 2 M. Jugendgenossen haben freien Eintritt. **Süden.** Wassertorstr. 31. Mittwoch, 22. Februar, Vortrag. Donnerstag, 23. Februar, Leseabend (Junge Kämpfer). **Neukölln-Britz.** Nachmittagswanderung nach dem Grunewald am Sonntag, 19. Februar. Treffpunkt 1 Uhr, Bahnhof Neukölln. Heim Kaiser-Friedrich-Str. 4. Montag, 20. Februar, Arbeitsgemeinschaft. Heim Schierkestr. 44. Dienstag, 21. Februar, Kursus J. A. S. Freitag, 24. Februar, Vortrag. Heim Britz, Chausseestr. 46. Mittwoch, 22. Februar, Leseabend. Sonntag, 26. Februar, Propagandaabend im Heim. **Baumschulenweg.** Jugendheim Ernststr. 16. Sonnabend, 25. Februar, abends 6 Uhr, außerordentliche Vorstandssitzung. Abends 7 Uhr Vortrag. Sonntag, 26. Februar, Bunter Abend. **Steglitz-Friedenau.** Jugendheim Rheinhof-, Ecke Jevestraße. Mittwoch, 22. Februar, Volkstänze. Sonnabend, 25. Februar, Brettspielabend. Sonntag, 26. Februar, Besuch des Museums für Meereskunde.

Montag, 20. Februar

Agitationsbezirk Norden

7½ Uhr Funktionärversammlung bei Hahn, Wörther Str. 15. Die Gruppenleiter, Kassierer, Spediteure, Revisoren und Gruppen Bernau, Königental, Weißensee, Pankow, Niederschönhausen, Prenzlauer Berg, Norden, Rosenthaler Vorstadt und Zentrum haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Die Leitung eine halbe Stunde früher.

Zähne 6 u. 9 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.

Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1

Extra billige Angebote

Damen-Hausschuhe aus Stoff, mit Kordelsohle, entzück. Blumenmust. Extra billig 32,50	**Damen-Schnürstiefel** pa. R.-Chevr., Lackk., halbh. Abs., kurze, bequ. Form, 36-39 235,00	**Kinder-Schnürstiefel** schwz. Chevr., bequeme, natürl. Form, Gr. 18-22. Besonders billig 36,00
Damen-Hausschuhe aus feinfarbig. Filzstoff, auch Samt mit Pompon, in vielen schönen Farben. Sehr preiswert 48,00	**Damen-Schnürstiefel** pa. Rindbox, Derbyschnitt od. Ringsbes., breite, mod. Form, halbhoh. Abs. Sehr preiswert 235,00	**Kinder-Ledersandalen** braun Rindleder, mit starker, durchgenähter Ledersohle und Absatz. Gr. 21-25 58,00, 27-30 48,00
Damen-Hausschuhe Stepperide mit Pompon, auch feinfarb. Filzstoff, pr. Qual., verschiedene Muster. Extra billig 58,00	**Damen-Halbschuhe** braun Pumps, neue mod. Form, Ledersohle, hoh. Lederabs., Orig.-Goodyear-W. Sehr billig 265,00	**Kinder-Halbschuhe** z. Schnür. Chromld. u. R.-Chevr., mit und ohne Lackkappe, gute Ausführ., Gr. 21-25 98,00, 27-30 88,00
Damen-Hausschuhe Ia Filzstoff, verschied. Farben u. Samteinfass., durchgenähte starke Ledersohle u. Absatz 78,00	**Damen-Spangenschuhe** braun echt Chevr., mod. spitze und kurze runde Form, hohe Lederabsätze. Sehr preiswert 285,00	**Herren-Schnallenstiefel** schwarz prima Filzstoff, mit weißem Friesfutter, Filz- und Ledersohle. Ausserst billig 98,00
Damen-Schnallenstiefel schwarz Filzstoff, weißem Friesfutt., Filz- u. Ledersohl. 88,00	**Damen-Halbschuhe** braun echt Chevr. u. Rindbox, kurze, mod. Form, hohe Lederabsätze, 36-40. Solange Vorrat 285,00	**Herren-Schnallenstiefel** Ia Rindb., bequ., breite Form, gute Ausführ. Solange Vorrat 198,00
Damen-Spangenschuhe schwarz Leder, für die Strasse, kurze, moderne Form, hohe u. niedr. Absätze. Solange Vorrat 128,00	**Damen-Schnürstiefel** pa. Rindb., hoher Schaft, ohne Lackkappe, kurze, mod. Form 295,00	**Herren-Schnürstiefel** prima Rindbox u. R.-Chevr., m. Lackkappe, Besatz und Derbyschnitt, eleg., moderne Formen 295,00
Damen-Hausschuhe Lala – eleg. Morgenschuh – Wildl. u. and. Lederart., viel. Farb., Batik, Seidenbändchen 195,00	**Damen-Schnürstiefel** prima Boxkalf, Derbyschnitt, vorzügl. Qual., Orig.-Goodyear-Welt. Besonders preiswert 325,00	**Herren-Halbschuhe** braun echt Boxkalf, elegante, mod. Formen, Orig. Goodyear-Welt-Ausführ. Extra billig 325,00

Einzelpaare spottbillig!

Für Damen: In Spange, Schnürschuh, Pumps, Oxford, auch Schnür- und Knopfstiefel in allen möglichen Ausführungen und Farben, hauptsächlich Grösse 35, 36, 37

98,00 128,00 148,00 198,00

Für Herren: Halbschuhe, Schnür- u. Knopfstiefel in Schwarz, Braun, auch Lackbesatz, hauptsächl. Gr. 39, 40, 41

198,00 228,00 248,00 298,00

Stiller

Bolschewismus und Proletariat in Rußland

A. S. Als die Bolschewisten in Rußland im November 1917 zur Macht gelangten, sahen sie nicht das Heute. Für sie existierten nicht die komplizierten Bedingungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Ueber alle Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaues, der äußeren Politik, des Nationalitätenproblems usw. setzten sie sich mit dem Hinweis auf die morgen unvermeidlich kommende Weltrevolution hinweg, die alle Probleme der sozialen Umwälzung in Rußland spielend bewältigen würde. Das Heute verschwand im Hintergrunde, wurde mit einer Handbewegung geopfert, denn strahlend erhob sich vor den Augen derjenigen, die Staat und Wirtschaft, innere und äußere Politik in Stücke schlugen, das große Morgen, in dem alle Fragen ihre Lösung fanden.

Jetzt bietet das bolschewistische Rußland ein völlig entgegengesetztes Bild. Der Glaube an die kommunistische Revolution ist nicht nur bei den Führern, sondern auch bei den Massen völlig verblaßt. Der Kurs geht auf die Wiederherstellung des Kapitalismus in seiner primitivsten und räuberischsten Form. Die papiernen Dämme, die man vier Jahre lang gegen das elementare Wirken der ökonomischen Gesetze aufgerichtet hatte, sind gesprengt und mit einer Eile, die an die ersten Monate des Dekretinismus der Sowjetregierung erinnert, wo alle Fragen der Politik und Wirtschaft fein säuberlich durch papierne Dekrete geregelt wurden, wird jetzt der entgegengesetzte Prozeß der Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung betrieben. Man betrachtet es hierbei noch als einen großen Gewinn, wenn man nicht in das endlose Meer der kapitalistischen Privatwirtschaft hineinstürzt, sondern in Form des Staatskapitalismus einige Ansätze der zentralisierten Wirtschaft in den Staatsbetrieben, im Verkehrswesen und Handel zu retten versucht.

Der sogenannte „neue Kurs“ der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung ist nichts anderes, als das Aushängeschild der Kapitulation vor der ökonomischen Rückständigkeit Rußlands. Mit dem Instinkt des Praktikers, der die Fundamente seiner Macht erschüttert sieht, hat Lenin das Steuer noch im letzten Augenblick herumgeworfen und das zu verwirklichen angefangen, was die sogenannten „Sozialverräter“, die Menschewisten, schon seit drei Jahren unablässig als dringendste Aufgabe der Tagespolitik erklärt hatten. Die Verwirklichung dieser Politik stößt allerdings auch heute noch auf die größten Schwierigkeiten, da die selbstherrliche Politik der Sowjetregierung, die an die Zeiten des aufgeklärten Absolutismus erinnert, im diametralen Gegensatz steht zu der Notwendigkeit, alle Kräfte der produzierenden Schichten für den wirtschaftlichen und politischen Aufbau einzusetzen. Wie es früher eine Illusion der Bolschewisten war, den Kommunismus in einem rückständigen Lande mit Hilfe des Terrors und der bureaukratischen Reglementierung zu verwirklichen, so ist es jetzt nicht minder eine Illusion, die als notwendig erkannte kapitalistische Entwicklung von oben her mit den Mitteln des aufgeklärten Absolutismus und Protektionismus zu fördern, ohne die elementarsten Forderungen der politischen Freiheit und der Demokratie zu verwirklichen.

Doch was bei diesem Prozeß, der in seinem Schoße neue Erschütterungen birgt, besonders auffällt, ist die psychologische Blindheit, von der die Bolschewisten bei ihrem kapitalistischen Aufbau genau so erfüllt sind, wie vor kurzem bei ihrer sogenannten kommunistischen Aufbauarbeit. Durchdrungen von der fixen Idee, daß sie die Verkörperung der sozialen Revolution seien, daß sie die Geschichte „machten“ und nicht die sehr unvollkommenen Werkzeuge der Geschichte sind, erklären sie jeden für einen Verräter, der sich ihrem Willen widersetzt, gleichviel ob dieser „Wille“ gestern die russische Wirtschaft in Stücke schlug, die Anhänger der sozialistischen Parteien in die Gefängnisse warf, die Arbeiterparteien Westeuropas spaltete und zersprengte, oder ob dieser Wille heute die einzige Rettung Rußlands darin erblickt, daß es zu einer Kolonie des westeuropäischen Kapitals herabgedrückt wird. Die Spontanität der kleinbürgerlich-bäuerlichen Revolution hat die Bolschewisten zu ihren Werkzeugen gemacht. Gestern vermeinten sie noch, dieser Revolution einen kommunistischen Mantel umhängen zu können, heute reißen sie selbst diesen Mantel in Fetzen, sind aber doch gleichzeitig von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sie allein und nur sie in der Lage seien, die Aufgaben dieser Revolution zu vollbringen. Die Formen haben sich geändert, das Wesen des Bolschewismus ist dasselbe geblieben: der starre Glaube, daß die kleine entschlossene Minderheit um Lenin und Trotzki allein berufen sei, die Gesetze der historischen Entwicklung in Rußland zur Geltung zu bringen.

Ein gewisser Fortschritt ist es allerdings, daß die bolschewistischen Diktatoren den Sinn für die Realitäten des Heute gefunden haben. Doch weil dieses Heute ein kapitalistisches ist und kein anderes sein kann, verschwindet für diejenigen, die die politische und wirtschaftliche Macht in Händen haben, das Morgen vollkommen aus dem Gesichtskreis. Ob sie wollen oder nicht, vertreten sie das kapitalistische Interesse, gleichviel ob es Privat- oder Staatskapitalismus ist. Und weil sie die Verantwortung tragen für die Geschicke des Staates und der Wirtschaft, geraten sie in einen heftigen Gegensatz zu den Kräften, die im Schoße dieses neuen Kapitalismus geboren sind — zum Proletariat. Es ist die Umkehrung des Prozesses, der sich zu Beginn der bolschewistischen Revolution vollzog; damals war nur das Morgen maßgebend und nicht das Heute, nicht die Realität der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Jetzt ist nur das Heute maßgebend, das Morgen jedoch, das den neuen russischen Kapitalismus nicht minder verneint wie den alten, existiert für die bolschewistische Realpolitik nicht.

Die Arbeiterklasse jedoch kann von solchen zeitweiligen Konstellationen nicht abhängig sein. Sie kann vorübergehend in die Irre gehen; sie kann unter gewissen Umständen der Illusion verfallen, daß ihr Interesse vollkommen identisch sei mit den Interessen der Gesamtheit oder dem Ziel einer Revolution, in der eine andere Klasse der Sieger und Gewinner ist. Sie kann aber nicht auf das Morgen verzichten, das sich aus dem ökonomischen Entwicklungsprozeß und aus ihrer Klassenlage ergibt und sie zum Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung, in welchen Formen sie auch auftreten mag, zwingt.

Und weil die russische Sozialdemokratie die Trägerin dieses proletarischen Klassenkampfes ist, wird sie von den kommunistischen Konjunkturpolitikern mehr gehaßt, als alle anderen Parteien. Das böse Gewissen dieser ehemaligen Sozialisten zwingt sie, die Sozialdemokratie als die Vorkämpferin der neuen unvermeidlichen Welle der proletarischen Bewegung zu bekämpfen.

Marx hat im „Achtzehnten Brumaire“ das Wort geprägt: „Wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem, was ein Mensch von sich meint und sagt, und dem, was er wirklich ist und tut, so muß man noch mehr in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von ihrem wirklichen Organismus und ihren wirklichen Interessen, ihre Vorstellung von ihrer Realität unterscheiden.“ Auch dem Bolschewismus gegenüber ist diese Unterscheidung notwendig. Seine Phrasen und Einbildungen, die die russische Revolution in eine Sackgasse geführt und die westeuropäische Bewegung gehemmt haben, zerfallen in Trümmer. Seine Realität jedoch entpuppt sich, auf dem Boden der ökonomischen Rückständigkeit Rußlands, mehr und mehr als eine Interessenvertretung der kleinbürgerlich-bäuerlichen Revolution und nicht als eine Vertretung der richtig aufgefaßten Interessen des Proletariats.

Das Ende der ungarischen Nationalversammlung

U. K. Die ungarische Nationalversammlung, die im Januar 1920 mit einer Mandatsdauer von zwei Jahren gewählt wurde, ist am 16. Februar aufgelöst worden. Die Nationalversammlung sollte ursprünglich berufen sein, nach dem Zusammenbruch der revolutionären Aera dem Lande eine neue Verfassung zu geben, insbesondere die Frage der Staatsform zu lösen, die Finanzen in Ordnung zu bringen, die Bodenreform durchzuführen und ein neues Wahlrecht zu schaffen. Von diesen Aufgaben hat die Nationalversammlung keine einzige gelöst. Der Zwiespalt zwischen Legitimisten und Habsburggegnern, die persönlichen Feindschaften der Abgeordneten, die immer wiederkehrenden Enthüllungen über Korruptions- und Terroraffären verhinderten jede sachliche Arbeit. So kommt es, daß heute die innerpolitische Lage Ungarns ungeklärter und zerfahrener ist als je zuvor.

Im Mittelpunkt des Interesses steht das Problem, nach welchem Wahlrecht das neue Parlament gewählt werden soll. Hierüber soll eine von der Regierung eingesetzte juristische Sachverständigenkommission entscheiden. Das Naheliegende wäre, auf das noch seit der Revolution bestehende allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zurückzugreifen. In diesem Falle wäre aber, wie die letzten Ersatzwahlen beweisen, eine völlige Niederlage der Regierung und des ganzen bisherigen Systems sicher. Es ist deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Gutachterkommission dem rückschrittlichen Wahlrechtsentwurf des Grafen Bethlen zustimmt, der das Stimmrecht an einen Bildungsgrad knüpft, und große Massen der Bevölkerung vom Wahlrecht ausschließt. Die Einführung dieses Wahlrechtes wird von der Opposition als Staatsstreich angesehen, da es gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung zustande gekommen ist. Die linksstehenden Parteien, und besonders die Sozialdemokratie, fordern in großen Massenversammlungen die Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts.

Zu Hyndman's Tod

Anläßlich des Ablebens des englischen Sozialisten H. M. Hyndman brachten wir seinerzeit einen kurzen Nachruf. Der Sekretär der britischen Social Democratic Federation T. Kennedy ersucht uns nun im Anschluß daran, folgender Mitteilung Raum zu gewähren:

„In der Notiz der „Freiheit“ über den Tod unseres Genossen Hyndman wurde gesagt, daß das Band zwischen ihm und der proletarischen Bewegung zerrissen wurde, als Hyndman Führer der englischen Nationalsozialisten wurde. Deswegen ist es erklärlich, daß H. in den letzten Jahren seines Lebens aus dem öffentlichen Leben verschwand.

Dieser Kommentar beim Tode unseres alten und geschätzten Genossen stützt sich auf ein Mißverständnis. Nach der Spaltung der britischen sozialistischen Partei (British Socialist Party), die Ostern 1916 stattfand, wurde gegen den Willen von Hyndman der Name „Nationalsozialistische Partei“ (National Socialist Party) angenommen. Erst nach drei Jahre langen Bemühungen gelang es, der Organisation den Namen Social Democratic Federation beizulegen, welche die älteste sozialistische Organisation in Großbritannien repräsentiert und die mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung des Landes eng verknüpft ist. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die British Socialist Party die Kommunistische Partei von Großbritannien wurde, die der dritten Internationale angeschlossen ist. Hyndmans Arbeit mit den Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeiterpartei, den Genossenschaften, dem Arbeiter-Kriegsunterstützungskomitee und der Konsumentenvereinigung während und nach dem Kriege beweist, daß die Behauptung bezüglich Hyndmans den Tatsachen nicht entspricht. Ein weiterer Beweis für den antiimperialistischen Standpunkt ist die heftige Opposition, die Hyndman während des südafrikanischen Krieges gegen den britischen Imperialismus eingenommen hat. Dies zeigt, daß er kein „Apostel des Nationalismus“ war. Ebenso bekämpfte er auch den Militarismus von 1918, wie es die Unabhängige Partei in Deutschland und die „Freiheit“ tat.“

Wir geben der Zuschrift gerne Raum, müssen her doch bemerken, daß sie unsere Feststellung hinsichtlich der einseitigen Einstellung Hyndmans während des Weltkrieges nicht entkräftet. Der Schluß der Zuschrift bestätigt vielmehr ungewollt die Richtigkeit unserer Kritik. Wenn die USP. und die „Freiheit“ den deutschen Militarismus bekämpft, so tut sie das in Erfüllung ihrer internationalen Pflichten. Es ist aber nicht Sache englischer Sozialisten, diesen Kampf zu führen, vielmehr ist es Pflicht der Sozialisten in jedem Lande, den Kampf gegen den eigenen Militarismus und Imperialismus zu führen.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Am Montag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet eine Geschäftsleitungssitzung im Verbandsbureau, Breite Str. 8-9, statt.

Die Geschäftsleitung.

Reinickendorf-West. (Scharnweberstr. 114-115.) Montag, 20. Februar, Zahlabend. Mittwoch, 22. Februar, Diskussionsabend. Freitag, 24. Februar, Vortrag: Ferdinand Lassalle. Sonntag, 26. Februar, Bunter Abend.

Sonntag, 19. Februar

Reinickendorf-West. Abends 7 Uhr Sitzung der Frauen- und Kinderschutz-Kommission im Volkshaus.

Montag, 20. Februar

18. Verwaltungsbezirk. Abends 7½ Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Bater, Mühlenstr. 12.

19. Verwaltungsbezirk. 6 Uhr Fraktionssitzung Zimmer 26.

19. Verwaltungsbezirk Pankow. 6 Uhr Fraktionssitzung im Rathaus, Zimmer Nr. 25. Obleute und Vorsitzende müssen erscheinen.

20. Verwaltungsbezirk, Reinickendorf, Tegel, Wittenau, Hermsdorf. Pünktlich 5½ Uhr Sitzung der Fraktion im Sitzungssaal des Reinickendorfer Rathauses, Hauptstr. 38. Hierzu die Obleute der Kommunalen Kommission und der Bürgerdeputierte.

2. Distrikt. Die Genossinnen des 2. Distrikts nehmen an dem vom 14. Distrikt einberufenen Frauenabend teil.

5. und 6. Distrikt. Abends 7 Uhr Frauenlesenabend bei Leusch, Brebowstr. 35. Bericht von der Reichsfrauenkonferenz. Jeder Genosse ist verpflichtet, seine Frau zu schicken.

5., 6. Distrikt. Freie Schulgemeinde Berlin, Tiergarten. Die mangels Licht und Heizung vertagte Versammlung findet abends punkt 7 Uhr in der Aula Waldenserstr. 20, bestimmt statt.

14. Distrikt. 7½ Uhr Frauenabend bei Büttner, Schwedter Str. 23. Berichterstattung der Reichsfrauenkonferenz. Referentin: Gen. Schubert.

18. Bezirk, Friedrichshagen. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Zirbel, Rahnsdorfer Str. 15. T.-O.: 1. Referat des Genossen Seger. 2. Die letzte Streikbewegung.

Charlottenburg. Abends 8 Uhr Fraktionssitzung mit Bürgerdeputierten, Obleuten der Kommunalen Kommission und des Elternbeirates im Charlottenburger Rathaus, Zimmer 1.

Steglitz. Abends 8 Uhr Funktionärsitzung bei Martin, Fichtestr. 4. Geschäftsleitung eine Stunde früher.

Lichtenberg-Stadt. Abends 7½ Uhr Frauenlesenabend bei Albrecht, Neue Bahnhofstraße, Ecke Berkheyener Straße. Bericht von der Reichsfrauen-Konferenz. Referentin: Genossin Lungwitz.

Dienstag, 21. Februar

3. Verwaltungsbezirk. 7 Uhr große öffentliche Elternversammlung in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 47. Tagesordnung: Religion, Konfession und weltliche Schule. Referenten: Pfarrer Bleier, Dr. Löwenstein, Lehrer Pankong. Proletarische Eltern und Freunde der Schule erscheint in Massen.

18. Verwaltungsbezirk. (Köpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Wohnsdorf, Grünau und Erkner.) Abends 6 Uhr Sitzung der Distriktsleitung, Abteilungsleiter und Bezirksverordnete im Köpenicker Rathaus, Zimmer 4.

19. Verwaltungsbezirk, Abt. Niederschönhausen. 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und Bezirksverordnete bei Röthel, Lindenstr. 10.

19. Verwaltungsbezirk, Abt. Pankow. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula Kaiser-Friedrich-Straße. Tagesordnung: Die Erfassung der Sachwerte und das Steuerkompromiß.

6. Distrikt. 7 Uhr Distriktskonferenz bei Krüger, Pallisstr. 10.

23. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Reichenberger-, Ecke Fersler Straße. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kaminski. Mitgliedskarte legitimiert.

Neukölln-Britz. 7 Uhr Kinderschutzkommissionen und Funktionärinnen im Rathaus.

Spandau. Abends 7½ Uhr öffentliche Volksversammlung in den Germaniasälen, Streesowplatz. Referent: Dr. Kurt Rosenfeld.

Vereinskalender

Verein der Freidenker für Feuerbestattung E. V. Mitgliederversammlungen zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung finden in der Zeit vom 20. bis 26. d. M. statt. Wir bitten unsere Mitglieder, auf das Inserat in der heutigen Zeitung zu achten.

Montag, 20. Februar

Deutscher Werkmeister-Verband. Fachgruppe städtische Melker. Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24-25. Pünktliches Erscheinen dringend erforderlich. Tagesordnung: Abgeordnetenwahl. — Nachm. 6 Uhr Versammlung aller Werkmeister der Hut-Industrie in unserem Bureau, Stralauer Str. 56.

Zentralverband der Angestellten. Zigaretten-Industrie. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — **Verbandskasse.** Abends ½8 Uhr öffentliche Versammlung in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — **Beleuchtungs- und Papier-Ausstattungsfabriken.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. — **Blusen und Kleider, Herrenwäsche.** Abends 5½ Uhr Mitgliederversammlung in den Armin-Sälen, Kommandantenstr. 58/59. — **Baugewerbe, Verkehr.** Abends 7½ Uhr Funktionärversammlung im Zweigbureau, Kommandantenstr. 63-64. — **Damenwäsche und Schürzen.** Abends 5½ Uhr Mitgliederversammlung in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18. — **Krankenkassenangestellte.** Nachm. 4 Uhr Vertrauensmännersitzung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 Uhr Stepperinnen und Vorrichterinnen aus den Fabriken und Heimarbeiter, Köpenicker Str. 137a. — Abends 5½ Uhr Ballschuhmacher, Weberstr. 17. — Abends 6 Uhr gemeinsame Branchenversammlung der Friedrichshöhlischen Maß- und Reparatur-Branche in den Residenz-Festsälen, Landsberger Str. 31.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter usw. Abends 7 Uhr Branchenversammlung in den Zentralfestsälen, Alte Jakobstr. 32. 1. Vortrag über Wert und Bedeutung der Betriebsverteilung. 2. Geschäftsbericht vom IV. Quartal. 3. Neuwahl der Branchenleitung und der Delegierten zur örtlichen Generalversammlung.

Glaser. 7 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. T.-O.: Bericht von der Beiratskonferenz. Erhöhung der Beiträge. Tarifkündigung. In dieser Versammlung darf kein Kollege fehlen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branche der Jalousiearbeiter. Abends ½5 bis ½8 Uhr Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und Urabstimmung, anschließend außerordentliche Branchenversammlung im Arbeitslosensaal, Rungestr. Nr. 30.

Mieterverband Treptow. Abends ½8 Uhr öffentliche Versammlung im Neuen Gesellschaftshaus am Bahnhof Treptow.

Dienstag, 21. Februar

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Abends 7½ Uhr in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Charlottenburg, Knesebeckstr. 24 (am Savignyplatz) öffentliche Versammlung. Herr Pfarrer Bleier spricht über das Thema: „Ist der Sozialismus seine Religion?“ Anschließend freie Aussprache. Eintritt für Gäste 1 M.

Zentralverband der Angestellten. Kurz-, Galanterie- und Spielwaren. Abends 5½ Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. Nr. 96/97. — Abends 7 Uhr Delegiertenversammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

RM. Abends 7½ Uhr Versammlung der Fachgruppe Geldschrankfabriken und Geldschrankschlossereien in den Sophiensälen (Sängersaal), Sophienstr. 17-18.

GARDINEN

Diese Woche besonders billiges Angebot in:

Etamine . . . . . Meter 19.50, 26.50, 34.—, 37.50, 42.50 bis 58.—
Künstlergardinen, 2 Schals, 1 Behang . . . . . 135.—, 195.—, 225.—, 350.—
Bettdecken, herrliche Muster . . . . . 125.—, 145.—, 195.—
„ , zweiteilig . . . . . 225.—, 275.—, 395.—, 450.—

Große Auswahl in Madrasstoffen, Madrasgardinen, Rouleauxstoffen, Diwandecken, Teppichen usw. sehr preiswert

Gardinenhaus Zimet, Berlin

SO. Köpenicker Str. 102 Ecke Brücken- u. Neanderstraße am Bahnhof Jannowitzbrücke, Untergrundbahnhof Inselbrücke.

N. Wichertstr. 6 (Sechs) Hausnummer genau beachten, am Bahnhof Schönhauser Allee, Hochbahnhof Nordring

Kohlen, Zeit u. Geld

sparen Sie durch Gebrauch des selbsttätigen Waschmittels „Persil“. Ohne Chlor oder schädliche Bestandteile!

Wäscht und bleicht gleichzeitig

bei nur einmaligem kurzem Kochen

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf, auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Persil

das selbsttätige Waschmittel!

Gewerkschaftliches

Anrufung des Schlichtungsverfahrens

Fristberechnung nach § 86 des Betriebsrätegesetzes

Bei Angestellten und Arbeitern herrschen vielfach Unklarheiten über die Art der Fristberechnung nach § 86 des B.R.G. Häufig wird durchaus mit Unrecht angenommen, daß sich an die fünftägige Einspruchsfrist des Arbeitnehmers nach § 84 zeitlich die Wochenfrist nach § 86 (Verständigung zwischen Betriebsvertretung und Arbeitgeber) anschließt. Eine Frist, innerhalb der die Betriebsvertretung sich zum Einspruch des gekündigten Arbeitnehmers zu entscheiden hat, ist jedoch nicht vorgeschrieben. Es wird selbstverständlich Aufgabe des Arbeiter- bzw. Angestelltenrates sein, im Interesse des gekündigten Arbeitnehmers sich schnellstens zu entscheiden. Erkennt er den Einspruch als berechtigt an, so hat er den Versuch einer Verständigung mit dem Arbeitgeber zu unternehmen. Dieser Verständigungsversuch der Gruppenvertretung (Arbeiter- oder Angestelltenrat) mit dem Arbeitgeber ist an eine einwöchige Frist gebunden; sie rechnet von dem Tage ab, der auf den zur ersten Verständigungsverhandlung mit dem Arbeitgeber angesetzten Tag folgt.

Für die Art der Fristberechnungen nach §§ 84 und 86 gelten folgende Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der § 187, Absatz 1, lautet:

„Ist für den Anfang einer Frist ein Ereignis oder ein in den Lauf des Tages fallender Zeitpunkt maßgebend, so wird für die Berechnung der Frist der Tag nicht mitgerechnet, an welchem das Ereignis oder der Zeitpunkt fällt."

Nach dieser Bestimmung zählt sowohl der Tag des Einspruchs des gekündigten Arbeitnehmers beim Gruppenrat (§ 84, Absatz 1) wie auch die Weitergabe des vom Gruppenrat als berechtigt anerkannten Einspruchs beim Arbeitgeber nicht mit. Eine irrtümliche Fassung ist es auch, Sonn- und Festtage bei der Berechnung der Fristen nicht mitzuzählen. Nur für den Fall, daß der letzte Tag der Frist auf einen Sonn- oder staatlich anerkannten Feiertag fällt, tritt an Stelle des Sonn- bzw. Feiertages der nächstfolgende Werktag (§ 93 B.G.B.). Zur Erläuterung diene folgendes Beispiel:

Einem Angestellten X. wurde das Arbeitsverhältnis am 29. November 1921 zum 31. Dezember 1921 gekündigt. Binnen fünf Tagen muß er gegen die Kündigung Einspruch erheben. Der fünfte Tag (4. Dezember) fällt auf einen Sonntag. In diesem Falle verlängerte sich die Frist bis Montag, den 5. Dezember. Am 5. Dezember hat er ordnungsgemäß Einspruch erhoben. Der Angestelltenrat erachtet die Anrufung für begründet und ersucht den Arbeitgeber ordnungsgemäß (§ 29 Absatz 3) zur Teilnahme an einer Verständigungsverhandlung am Donnerstag, den 15. Dezember. Die nunmehr nach § 86 vorgeschriebene Wochenfrist beginnt am Freitag, den 16. Dezember, und endet mit Freitag, den 23. Dezember. Innerhalb dieser Woche muß der Arbeitgeber sich entscheiden, ob er den berechtigten Einspruch des gekündigten Angestellten anerkennt oder auf Aufrechterhaltung der ursprünglichen Kündigung besteht. Nach Ablauf dieser einwöchigen Frist steht dem Angestelltenrat bzw. dem gekündigten Arbeitnehmer eine weitere Frist von fünf Tagen zur Verfügung, während der er den Schlichtungsausschuß anzurufen hat. Auf Grund des obigen Beispiels muß der Schlichtungsausschuß spätestens am 28. Dezember 1921 angerufen sein. Lehnt der Arbeitgeber eine Teilnahme an der vom Angestelltenrat anberaumten Verständigungsverhandlung ab, oder äußert er sich in keiner Weise zu dem Einspruch gegen die Kündigung, so muß selbstverständlich der Verständigungsversuch spätestens beim Ablauf der Wochenfrist als gescheitert anzusehen sein.

Holzarbeiter! Auf zur Wahl!

Die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung, die am 6. Februar stattfinden sollten, wurden infolge des Streiks der städtischen Arbeiter von der Ortsverwaltung abgesagt und auf Montag, den 20. Februar verlegt. Obgleich jeder Kandidat auf dem Stimmzettel politisch gekennzeichnet ist, entfalten die K.P.D.- und S.P.D.-Kollegen eine fieberhafte Tätigkeit, um ihren Kollegen die höchste Stimmenzahl zu sichern.

Beide Parteien haben ebenfalls Werbe-Ausschüsse gebildet, die im Sinne ihrer Parteirichtung wirken. Für die U.S.P.D.-Kollegen besteht nun die Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Kandidaten unserer Parteirichtung, die vor den Namen ein U. zu stehen haben, restlos gewählt werden.

Die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung sind entscheidend über die in diesem Jahre einzuschlagende Politik im Holzarbeiterverband.

Jeder Holzarbeiter, der ehrlich bestrebt ist, eine einheitliche Klassenkampfpolitik zu betreiben, wählt am 20. Februar die Kandidaten der U.S.P.D.

Der Werbe-Ausschuß der U.S.P.D.-Holzarbeiter.

Aufmarsch der Bankangestellten

Zu einer imposanten Willenskundgebung gestaltete sich eine zum Freitag vom „Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten" einberufene öffentliche Versammlung der Berl. Bankangestellten. ... überfülltem Saale referierten in der Bötzow-Brauerei Emonts und Marx. Im Rahmen der wirtschaftlichen Lage und der Gesamtbewegung der Arbeiterschaft schilderte Emonts die Situation im allgemeinen und begründete im besonderen die Forderungen der Bankangestellten. Marx gab ein eindrucksvolles Bild der Gefahren, die der gesamten Arbeitnehmerschaft durch Verschlechterungen des Arbeitsrechts drohen.

Nach Aussprache beschloß die Versammlung einmütig eine Resolution, in der die Regierung gewarnt wird, auf dem bisherigen Weg einer falschen Finanz-, Ernährungs- und Steuerpolitik fortzufahren. Gegen die Teuerung wird energisch Protest eingelegt, und von den Spitzenverbänden wird erwartet, notwendige Kämpfe der Arbeitnehmerschaft zusammenzufassen. Solange das nicht geschieht, werden die Bankangestellten allein gegen die Teuerung ankämpfen. Vom Arbeitsminister erwartet die Versammlung, daß er den gewordenen und kommenden Verhältnissen, insbesondere aber der beschlossenen Brotpreiserhöhung und den Steigerungen der Verkehrstarife und Kohlenpreise, sowie aller übrigen Gegenstände des täglichen Bedarfes in seinem zu erwartenden Schiedsspruche vom Februar d. Js. Rechnung trägt.

Die „U"-Kandidaten

sind zur Delegiertenwahl

der Holzarbeiter

am Montag von unseren Genossen zu

wählen!

USPD.-Versammlungen

Eisenbahner. Am Montag, den 20. Februar 1922, abends 6 Uhr, findet im Bierstübl der „Neuen Philharmonie", Köpenicker Straße 96-97, eine Sitzung aller im D.E.V. organisierten U.S.P.D.-Eisenbahner statt. Delegierte sind besonders hierzu eingeladen. Gleichzeitig ist das bestellte Material in Empfang zu nehmen. Mitgliedsbuch des D.E.V. und Parteibuch legitimieren.

Der Werbeausschuß der U.S.P.D.-Eisenbahner.

Metallarbeiter-Funktionäre. Montag, den 20. Februar, abends 6½ Uhr, in der Schulaula Koppenplatz, wichtige Fraktionsbesprechung. Tagesordnung: 1. Die U.S.P.D. und die Gewerkschaften. 2. Wichtige Fraktionsangelegenheiten. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren.

Der U.S.P.D.-Werbeausschuß.

U.S.P.D.-Bekleidungsarbeiter. Am Dienstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, Sophiensäle, Sophienstr. 17/18, Weißer Saal, wichtige Versammlung aller im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Genossen. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist jeder Genosse verpflichtet zu erscheinen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U.S.P.D.
J. A.: A. Holz.

•

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des AfA. Die gemeinsame Tagung obiger Körperschaften findet Mittwoch, den 22. d. M., abends 6½ Uhr, im Blauen Saal der Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59, statt. Die Tagesordnung sieht vor einen Bericht des Gen. Vollmershaus über seine Rußlandreise und eine Aussprache über die letzten Streiks.

Betriebsräte!

Die Gruppenversammlungen der Gruppen 1. Bank und Handel, 12. Staatliche und kommunale Behörden und 15. Sozialversicherung, finden am Montag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, für die Gruppen 2. Baugewerbe und 7. Holzindustrie am 22. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, und für die Gruppen 8. Bekleidungsindustrie, 10. Lederindustrie am 23. Februar, abends 6 Uhr, in den Arminsälen, Kommandantenstr. 58/59, statt.

Tagesordnung: 1. Betriebsräte und Gewerkschaften. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Betriebsräte, in ihren Gruppenvollversammlungen zu erscheinen. Als Ausweis dient die Betriebsrätekarte und das Verbandsbuch.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Zum Streik der Portiers, Heizer und Fahrstuhlführer

Die Streiklage ist als günstig zu beurteilen. Von allen bestreikten Betrieben haben zirka 75 Prozent die Forderungen bewilligt. Es besteht Aussicht, daß Ende der nächsten Woche der Streik zu einem günstigen Abschluß gelangt. — Von dieser Zahl ausgenommen sind die städtischen Betriebe, da die Forderungen seitens des Magistrats bereits vorher anerkannt wurden, so daß die Betriebe nicht bestreikt werden brauchten. Die in städtischen Betrieben tätigen Hausangestellten werden dringend ersucht, sich umgehend unter Vorlegung des Verbandsbuches im Streikbureau, Ackerstraße 1, am Koppenplatz, bei Spiegel, einzufinden.

Die Streikleitung.

Die Berichterstattung der „Roten Fahne"

Uns wird geschrieben:

Am 3. Februar hatten die Herren Kommunisten sich in einer Branchenversammlung des Zentralverbandes der Hotel-Angestellten wahrscheinlich einen recht großen Tag versprochen. Sie brachten sich zu diesem Zweck einen Berichterstatter der „Roten Fahne" mit. Welche Qualitäten dieser Herr offenbarte, zeigt der doch schon am 12. Februar veröffentlichte Bericht, der überhaupt ein Musterbeispiel für die Art Berichterstattung der „Roten Fahne" ist. Der Herr Berichterstatter hat nicht einmal gewußt, in welcher Branchenversammlung er sich befand. So berichtete er von einer Sektion III (Cafékellner), dabei gibt es innerhalb des obengenannten Zentralverbandes lediglich eine Branche III der Kellner in Bier-, Saal- und Gartengeschäften. Daß die Kommunisten sich von dieser Versammlung einen großen Tag versprachen, bewies die Tatsache, daß sie vier ellenlange Protestresolutionen in mehr oder weniger geistreichen schwungvollen Reden begründen ließen. Der Berichterstatter hat aber auch da vollständig versagt und schreibt etwas, was seine Freunde ängstlich verschwiegen haben, in der Versammlung zu sagen, nämlich von einer Wahl der Vorsitzenden Burde und Saar unter der Ausschaltung der Kommunisten und redete ferner von Kommunistenhetze. Dabei hat kein Mensch in der betreffenden Versammlung den dort eingebrachten Protest mit der angeblichen Ausschaltung der Kommunisten begründet. Wir glauben, daß auch dieser Fall nur einer von den vielen ist, die zeigen, was der vernünftig denkende Mensch von der Berichterstattung der „Roten Fahne" zu halten hat.

Buchbinder und Papierverarbeiter. Montag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme und Landtag; 2. Beratung der eingereichten Anträge.

Musikinstrumentenarbeiter. Urabstimmung und Wahl der Delegierten zur Generalversammlung findet am Montag, den 20. Februar 1922, abends 4½ Uhr, in den „Andreas-Festsälen", Andreasstraße 21, statt. Die im Mitteilungsblatt vom 18. d. M. gebrachte Notiz ist falsch. — Die Ortsverwaltung.

Große Streikbewegung im Bergbau. Die Tarifverträge der Bergarbeiter im amerikanischen Braunkohlenbergbau, dessen Bedeutung unvergleichlich viel höher ist als die des Steinkohlenbergbaus, laufen Ende März ab. Es wird eine wesentliche Lohnherabsetzung ins Auge gefaßt, wogegen die Arbeiter sich bereits jetzt zum Streik rüsten. Nach den Berichten ist ein großer amerikanischer Kohlenstreik als unvermeidlich bevorstehend zu erwarten. — Die südafrikanischen Bergwerke, sowohl die Kohlengruben wie die Goldminen, liegen gegenwärtig still. Infolge der enormen Lohnherabsetzung in der englischen Kohlenindustrie ist der Preis der englischen Kohle in einem Maße gesunken, daß der für die Versorgung der Schiffahrt arbeitende südamerikanische Kohlenbergbau in eine schwere Krise geraten ist. Dies wollen die Bergwerksbesitzer durch Lohnherabsetzungen ausgleichen. Die eingeborenen schwarzen Arbeiter durften bisher im Bergbau nur ungelernte Arbeit versehen, jetzt wollen aber die Besitzer die billige Lohnarbeit der Schwarzen in einem viel größeren Maße in Anspruch nehmen. Die weißen Gewerkschaften setzten diesen Bestrebungen den heftigsten Widerstand entgegen; die Arbeit wurde niedergelegt und es entstand ein leidenschaftlicher Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Dr. Paul Herz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Seide immer noch sehr billig

Bastseide, schwere Ware für Kostüme u. Kleider, viele mod. Farben, doppeltbreit 165,—

Kleiderseide, gestreift, doppeltbreit, in schönen Farbenstellungen .... 165,—

Satin de chine, doppeltbreit, in schönen modernen Farben .... 175,—

Crepe Georgette, 100 cm breit, schwarz und weiß, das beliebte modische Material für Kleider u. Blusen .... 280,—

Seide Peiser

Tauentzienstrasse 20 ☆ Leipziger Strasse 64

Soeben ist erschienen

KARL KAUTSKY

Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei

Eine Auseinandersetzung mit TROTZKI

128 Seiten

Preis gut kartonniert 12.— Mark

In dieser Schrift untersucht Kautsky drei Fragen: Die **Gründe** für die Forderung der Arbeiterklasse nach der **Demokratie**; die Bedeutung der **Diktatur** der Arbeiterklasse und ferner die wichtige und ständig an Bedeutung gewinnende Frage über das **Verhältnis des Sozialismus zum Arbeitszwang**

Bestellungen werden erbeten an

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 — Breite Straße 8-9

Gegründet 1894.

Engros-Lager — Export-Lager

Damen-Winter-Konfektion

25 bis 50 Prozent herabgesetzt

Kostüme 150 | Homespun 450 | Flausch 150
Tuch 450 | Loden 145 | Strickjacken 195
Seiden 225 | Covercoat 150 | 1350

Frühjahrs-Modelle, Kostüme, Tuchmäntel

M. Moszytz, Landsberger Str. 59, am Alexanderplatz, 1 Treppe, Berlin C.

Sonnabends und Sonntags geschlossen.

Genossinnen und Genossen kauft nur bei unseren Inserenten!